

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 24. Mai 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Sozialpolitik mit Bankerrottklausel.

Wenn das Zentrum im Interesse reicher Leute ein Verbrechen an der Arbeiterklasse verüben will, dann sucht es für seine Agitatoren eine Bestimmung zu schaffen, die diese mit einiger Dreistigkeit als Sozialpolitiker bezeichnen können. Angeblich wollte das Zentrum mit der Annahme des Wucher- und Waisentaxen-Gesetzes nicht nur den großen Grundbesitzern die Taschen füllen, sondern auch Mittel für die Witwen- und Waisenversorgung schaffen. Als sich aber zum großen Aerger der Zentrumslente in der Sozialkommission eine Mehrheit für den Antrag Trimborn fand, da mußte das Zentrum bremsen, und derselbe Trimborn, der in der Kommission so warm für die Witwen- und Waisenversorgung eintrat, änderte dann seinen Antrag so ab, daß der Bankerrott, des in Aussicht gestellten Fonds eintreten mußte.

Dasselbe Schauspiel wiederholte sich bei der Tabaksteuer. Die Tabakarbeiter wußten, daß die Annahme einer Steuer, die eine Reihe von Millionen in die Reichskasse bringt, zehntausende Tabakarbeiter dem Hungertode überliefern würde. Steigende Steuererträge bringen ein Sinken des Verbrauchs. Diese einfache Tatsache ist so allgemein bekannt, daß die Regierung sie früher, wie z. B. in dem Monopolantrag 1882 und in dem Fabriksteuerantrag ganz offen zugegeben und in Rechnung gestellt hat. In der Anlage 8 zur Begründung der Tabaksteuer-Vorlage vom 21. November 1893 wird der Rückgang des Konsums durch eine Steuer von 45 Millionen Mark bringen wird, bei Zigarren und Pfeifen auf ein Sechstel und bei Rauch- und Schnupftabak auf ein Zwölftel geschätzt.

Wenn solcher Rückgang unausbleiblich ist, beantragten unsere Genossen bei jeder solchen Steuer-Entscheidung der geschädigten Arbeiter. Ist auch die Pflicht des Steuerzahlers im Wesen des Staates begründet, so kann doch nicht verlangt werden, daß zehntausende aus Patriotismus verkümmern oder durch die Not auf die Bahn des Verbrechens oder zur Prostitution getrieben werden.

Als bei der Beratung der Finanzreform die Tabaksteuer zur Erörterung kam, blieben unsere Genossen natürlich ihrem Grundsatze treu und stellten einen Antrag, den sie der Monopolvorlage von 1882 entnahmen. Kaum war der Antrag verteilt, da kamen ähnlich lautende Anträge vom Zentrum und von fast allen Abgeordneten anderer Parteien, die Kreise mit großer Tabakindustrie vertraten. Der Zentrumsantrag (Antrag Giesberts) wurde angenommen. Er hatte folgenden Wortlaut:

„Aus den Einnahmen auf Grund dieses Gesetzes sind den Landesregierungen, je nach dem festgesetzten Bedürfnis, entsprechende Beträge zu überweisen, aus welchen denjenigen Hausgewerbetreibenden und Arbeitern, welche innerhalb des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vorübergehend oder für längere Zeit arbeitslos werden, ohne anderweit eine entsprechende Beschäftigung zu finden, oder welche wegen notwendig gewordenen Berufswechsels geschädigt werden, Unterstützung gewährt wird.“

Die näheren Vorschriften über Umfang und Bedingungen der Zuwendungen erläßt der Bundesrat, jedoch mit der Maßgabe, daß die Unterstützung im Falle eingetretener Arbeitslosigkeit nicht weniger als drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes betragen darf.“

Diese Bestimmung hätte ausgereicht, für das erste Jahr die bitterste Not zu beseitigen. Das Zentrum wollte aber in Wirklichkeit gar nicht Hilfe bringen. Sein Ziel war, dem Reiche eine große Mehreinnahme zu verschaffen. Die loyale Durchführung der Unterstützungsbestimmung hätte zur Folge haben können, daß der größte Teil der Mehreinnahmen zur Unterstützung verbraucht worden wäre. Die rund 200 000 Tabakarbeiter würden eine Einnahme aus Arbeitslohn von 120 Millionen Mark haben. Geht die Produktion um ein Sechstel zurück, und sollten drei Viertel des entgangenen Lohnes ersetzt werden, dann wäre hierzu jährlich eine Summe von 15 Millionen Mark erforderlich gewesen. Solche Summen wollte das Zentrum den Arbeitern nicht bewilligen, und darum brachten die Sozialpolitiker des Zentrums am 9. Juli den zweiten Antrag Giesberts-Gige ein, durch welchen sie die Unterstützungssumme auf vier Millionen Mark und die Zeitdauer der Unterstützung auf zwei Jahre beschränkten.

Dieser Antrag wurde dann von dem schwarz-blauen Block angenommen und damit ein Widerspruch in den Artikel gebracht.

Nunmehr sollen nach Absatz I höchstens 4 Millionen verausgabt werden, und nach Absatz II sollen mindestens drei Viertel des entgangenen Verdienstes ersetzt werden. Der Widerspruch wäre nicht vorhanden, wenn nur ein Lohnverlust von höchstens 5/6 Millionen Mark entstanden wäre. Kein Kenner der Verhältnisse und auch die Regierung hat aber daran geglaubt, daß es so billig abgehen werde. Die Regierung ist durch den zweiten Antrag Giesberts in eine schwierige Lage gekommen. Entweder sie hält den ersten Absatz für bindend und gibt höchstens vier Millionen Mark aus, dann verstößt sie aber gegen den zweiten Absatz, der verlangt, daß sie drei Viertel des Lohn-

verlustes ersetzen soll. Oder die Regierung hält den zweiten Absatz für bindend und dann erfolgt eine Ueberschreitung der Summe.

Um mit dem Gelde auszukommen, hat die Regierung schon recht gewagte Auslegungen gleich beim Beginn der Unterstützung angewandt. Sie erklärte, daß Zigarrenarbeiter keine Tabakarbeiter seien und deshalb keinen Anspruch haben. Arbeiter, die wegen Krankheit entlassen waren und nach ihrer Genesung keine Arbeit mehr finden konnten, erhielten keine Unterstützung, weil hier ja ein Entlassungsgrund aus § 123 der Gewerbeordnung vorlag. Arbeiter, die ihrer Dienstpflicht beim Militär genügen und nach ihrer Entlassung ihr Gewerbe aufgeben mußten, waren nach Ansicht der Regierung nicht Tabakarbeiter, sondern früher einmal Zigarrenarbeiter gewesen. So wurden die künstlichsten Auslegungen ausgetüftelt, und doch sind in acht Monaten mehr als 4 Millionen Mark zur Unterstützung verbraucht worden. Der Reichstag hat aber durch den Etat den zweiten Absatz des Artikel IIa abgeändert, indem er statt 4 Millionen 4 750 000 M. bewilligt hat. Zu den mehr bewilligten 750 000 M. ist im Etat folgende Erläuterung gegeben:

„Zur Gewährung von Beihilfen an Hausgewerbetreibende und Arbeiter des Tabakgewerbes, die wegen Aenderung des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909 arbeitslos geworden sind.“

Eine Zahlung aus diesem Titel darf erst erfolgen, nachdem der in Artikel IIa des Gesetzes wegen Aenderung des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909 vorgesehene Gesamtbetrag von vier Millionen Mark aufgebraucht ist.“

Der Berichterstatter Abg. Erzberger stellte mit:

„Es wurde nun die Befristung in der Kommission laut, ob diese Summe nun auch für alle Fälle ausreichen würde. Daraufhin hat der Herr Reichssekretär in der Kommission erklärt: Für den Fall, daß dieser Betrag nicht ausreichen sollte, wollte er die beruhigende Versicherung abgeben, daß er sich für ermächtigt halten werde, Notständen unter den Tabakarbeitern mit den erforderlichen Mitteln abzuhelfen.“

Daraufhin hat die Kommission einstimmig diesem Antrag zugestimmt. Zu erwähnen ist noch, daß in den Erläuterungen zu den Kommissionsbeschlüssen im ersten Satz die Worte standen: „In Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit“. Diese Worte wurden von Molkenbuhr bekämpft, der verlangte, daß die Unterstützung gezahlt werden soll, sobald die Schädigung durch das Tabaksteuergesetz nachgewiesen wird. Darauf beantragte Hebel die Worte „in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit“ durch die Worte „die wegen Aenderung des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909 arbeitslos geworden sind“ zu ersetzen. Dieser Antrag wurde angenommen. Damit hatte der Reichstag zu erkennen gegeben, daß er die Fortzahlung der nach Artikel IIa gewährten Unterstützung auch dann wolle, wenn die vier Millionen Mark verausgabt sind.

Die jetzt veröffentlichten Zahlen werden in vielen Kreisen einige Verblüffung herborgerufen haben. Am 17. Januar bei Besprechung der Interpellation über die Unterstützung der Tabakarbeiter glaubte der Staatssekretär Bermuth, daß die schlimmste Zeit überwunden sei, weil schon ein Steigen der Einfuhr an Rohtabak Zeugnis für den beginnenden Aufschwung ablegte. Nun zeigt sich, daß die erforderliche Unterstützungssumme von 387 000 M. im Dezember 1909 auf 761 000 M. im April d. J. gestiegen ist. Dem Fernstehenden mag es sonderbar erscheinen, und doch findet es eine ganz natürliche Erklärung.

Sicher hat jeder Zigarrenarbeiter und jeder Fabrikant gemerkt, daß durch das Steuergesetz tausende Existenzen vernichtet werden. Aber jeder Fabrikant hat gehofft und geglaubt, nicht er, sondern der andere werde zuerst erliegen. So sucht jeder nach Kräften fortzuarbeiten in der Hoffnung, sich halten zu können. Er arbeitet fort, bis er vom Beschick ertellt und rücksichtslos zu Boden geworfen wird. Der Konsum fällt und wird schon im ganzen Reiche steigen, und doch wird es Gegenden geben, wo die Krise sich weiter verschärft.

Niehe es sich einrichten, daß der Konsument Zoll und Wertsteuer an einer Stelle und den eigentlichen Wert der Zigarre an einer anderen Stelle zu bezahlen hätte, dann würde der Konsumrückgang sich gleichmäßig auf das ganze Reich verteilen und die Krise würde in verhältnismäßig kurzer Zeit überwunden sein. Jetzt liegt die Sache für die Arbeiter aber schlimmer, denn ihr Lohn wird mit als Ausgleichsfaktor in den Streit gezogen. Das möge folgendes Beispiel zeigen: Ein Tausend Zigarren, für welches der Rohtabak sonst 10 M. und 6,80 M. Zoll kostete, kostet jetzt 10 M. Rohtabak, 6,80 M. Zoll und 4 M. Wertsteuer. Die Kosten für Tabak sind also von 16,80 M. auf 20,80 M. erhöht. Wenn sonst zu den Unkosten von 10 M. für Tabak noch 12 M. Arbeitslohn, 5 M. für Verpackung und 3,40 M. Generalunkosten kommen, dann konnte die Zigarre dort, wo man keine große Kleinverkaufsstellen hat, für 5 Pf. das Stück verkauft werden. Da der Käufer nur dann zwei Zigarren kauft, wenn er sie für ein Zehnpennigstück erhält, so entsteht der Streit, wer soll die 4 M. erhöhte Kosten tragen? Findet der Detailist einen Fabrikanten, der statt 12 M. nur 9 M. Arbeitslohn zahlt und der in der Lage ist, dieselben Zigarren für 38 M. zu liefern, wofür sein bisheriger Fabrikant 43 M. haben muß, dann folgt der Kleinverkäufer dem Drängen seiner Kunden und kauft

bei dem neuen Fabrikanten. In der Folgezeit ist nun der Ausgleich geschaffen. Im Zollamt erfährt man nicht, ob der Tabak, der bisher in Westfalen für 12 M. Arbeitslohn zu Zigarren verarbeitet ist, nun in Baden für 8 M. Arbeitslohn verarbeitet wird. Aber in Westfalen sind die Arbeiter arbeitslos und der Fabrikant geht auch zugrunde. Erst dann, wenn der Fabrikant, der höheren Lohn zahlte, vor der rauhen Wirklichkeit steht, seine bisherigen Kunden verloren zu haben, entschließt er sich, seine Fabrik zu schließen. Dieser Kampf wird eine Reihe von Jahren toben, bis ein Zustand der Ruhe eintritt. So ist es in den achtziger Jahren gegangen und ähnlich wird es jetzt gehen.

Nun fragt sich, wie soll es mit der Unterstützung werden? Sicher ist, daß das Zentrum die Bankrottklausel in den ursprünglichen verminderten Artikel IIa hineingebracht hat. Erzberger begründete diesen Streich am 14. Dezember 1909 mit folgenden Worten: „Wenn wir den Sozialdemokraten das Vergünstigte gemacht hätten, an den Beschlüssen zweiter Lesung festzuhalten, so wäre eben keine Mehrheit für das ganze Gesetz zustande gekommen. Meine politischen Freunde wollten aber das Zustandekommen des Gesetzes, um die ganze Finanzreform zu sichern.“ Die Regierung und Reichstag haben aber mit den abgegebenen Versprechungen bei der Begründung der Nachforderung von 750 000 Mark den Glauben erweckt, daß in der bisherigen Weise fortgezahlt werden soll. Die Regierung hatte zwar den Vorbehalt gemacht, daß nur in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit weiter gezahlt werden solle. Diese Klausel hat der Reichstag aber gestrichen und damit zu erkennen gegeben, daß er die Unterstützung in allen Fällen verlangt, wo Arbeitslosigkeit durch die erhöhte Tabaksteuer eintritt.

Gewiß ist die Lage für die Regierung schwierig. Aber sie trägt doch sonst den Verhältnissen Rechnung. Nach § 15 des Sozialgesetzes sollte am 1. Januar 1910 die Witwen- und Waisenversicherung in Kraft treten. Da aber durch die Beschlüsse der Agrarier und auf Antrag Trimborn die Mittel fehlten, so wurde den Verhältnissen Rechnung getragen und das Gesetz geändert. — Artikel IIa des Tabaksteuergesetzes hat aber für die jetzige Situation zwei sich widersprechende Bestimmungen. Er verpflichtet die Regierung, den infolge des Gesetzes arbeitslos gewordenen Hausgewerbetreibenden und Arbeitern drei Viertel des entgangenen Lohnes auszuzahlen. Alle vor dem 15. August dieses Jahres arbeitslos werdenden Tabakarbeiter haben einen Rechtsanspruch auf Unterstützung, sobald sie nachweisen können, daß die Arbeitslosigkeit infolge des Tabaksteuergesetzes eingetreten ist. Die Befolgung dieser Bestimmung hat freilich einen Verstoß gegen die Viermillionenklausel zur Folge. Die Bindung an die Viermillionenklausel hat aber einen Verstoß gegen den übrigen Inhalt zur Folge. Da aber der Reichstag zu erkennen gegeben hat, daß er höhere Summen bewilligen will, und der Staatssekretär sich schon im voraus Indemittat für Etatsüberschreitungen gesichert hat, so muß darauf gedrungen werden, daß auch ferner die Unterstützung fortgezahlt wird.

Wahlrechtsdemonstration in Braunschweig.

In Braunschweig fand am Sonntag eine überaus eindrucksvolle Demonstration der sozialdemokratischen Partei statt, die zugleich eine Wahlrechtsdemonstration und eine Kundgebung gegen die braunschweigische Justiz darstellte. Auch die bürgerliche Presse ist sich darin einig, daß die Kundgebung vom 22. Mai alle früheren Demonstrationen bei weitem übertraffen hat. Zu der um 12 Uhr mittags einberufenen Versammlung unter freiem Himmel, die auf dem Leonhardplatz stattfand, hatten sich mehr als 10 000 Personen eingefunden. Von zwei Rednertribünen aus hielten die beiden Verteidiger in dem letzten Prozeß gegen Besemeier, die Rechtsanwälte Genossen Dr. Rosenfeld-Berlin und Dr. Jasper-Braunschweig, zündende Ansprachen, in denen sie die braunschweigische Klassenpolitik und Klassenjustiz brandmarkten. Nach den von stürmischen Beifallsandgedungen unterbrochenen Reden wurde eine Resolution angenommen, die auf schärfste gegen die Klassenjustiz protestiert, die sich bei der Beurteilung der Volksfreundredakteure Besemeier und Renner in so unverhältniß Form geäußert hatte. Die Resolution gelobte ferner energische Fortsetzung des Kampfes um ein freies und gleiches Landtagswahlrecht.

An die Versammlung schloß sich eine spontane, aber um so eindrucksvollere Demonstration der Massen. Trotz des polizeilichen Verbotes und entgegen den Absichten der Zeitung durchzog die Menschenmenge die Stadt. Als sie die Wohnung des Landgerichtsdirektors Hofmann erreichte, der als Vorsitzender der ersten Strafkammer in so eigenartiger Weise den Vorsitz geführt hatte, brachten sie schallende Pfuiere aus. Auch als die Menge an der Wohnung des Ministers Dr. von Otto vorüberzog, wütheten sich in die stürmischen Hochrufe auf das gleiche Landtagswahlrecht entzündete Pfuiere. Schließlich bereitete die Masse dem verurteilten Redakteur Besemeier eine stürmische Ovation.

Zu Zwischenfällen kam es trotzdem nicht, da die Polizei sich darauf beschränkte, einzelne Straßen abzusperren, im übrigen aber die Demonstranten gewähren ließ.

Die Interlons-Gebühr
Beträgt für die sechsgelbte stonometrische oder deren Raum 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berufsanzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig gebrauchte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedächte und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Wache über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Infrate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Maßhaber hatten offenbar begriffen, daß sie durch ihre Erklärungen des Volkes die Empörung der Massen derartig angefeuert hätten, daß es klug war, die Provokationen nicht auf die Spitze zu treiben.

Die Wahlen in Belgien.

Brüssel, 23. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Sonntag wurde die Hälfte der belgischen Kammer erneuert; genauer ausgedrückt waren es 85 von im ganzen 166 Deputierten, die neu zu wählen waren. Die Hoffnungen der Gegner der liberalen Regierung, es werde diesmal gelingen, die liberale Majorität von acht Stimmen in eine Minorität zu verwandeln, hat sich aber nicht verwirklicht.

Das belgische Wahlsystem nötigt die Opposition, um Stimmenspaltung zu vermeiden, zum Abschluß von Wahlkartellen. Dem sozialistisch-liberalen Wahlkartell ist es aber nur in Nivelles gelungen, den Liberalen ein Mandat abzunehmen. Die liberale Majorität fällt damit von acht auf sechs Stimmen.

Die auscheidenden Deputierten vertraten die fünf Provinzen Brabant, Antwerpen, Westflandern, Namur und Luxemburg. Es waren also die eigentlichen Vollwerke der liberalen Macht, die diesmal unfruchtbar waren, denn von den 85 Sitzen hatten die Liberalen 50, die Sozialisten 23 und die Sozialisten 12 inne. Als Resultat des gestrigen Wahltages ergibt sich die Wahl von 49 Katholiken, 23 Liberalen und 13 Sozialisten. Unsere Partei hat also ein Mandat gewonnen.

Dagegen haben sich die liberalen Hoffnungen nicht erfüllt und namentlich in Brüssel ist in der Mandatsverteilung — neun Katholiken, sieben Liberale und fünf Sozialdemokraten — keine Änderung eingetreten. Die Liberalen werden eben durch das von ihnen entdeckte Pluralwahlrecht der vier Familien allzu sehr begünstigt. Zudem hatten die liberalen Agitatoren den Brüsseler Spielbürgern mit Erfolg eingeredet, daß eine Regierungserklärung auf den Erfolg der Weltausstellung sehr ungünstig einwirken würde. Dazu kam, daß ein Kandidat, der bei der letzten Wahl selbständig kandidierte und 11 000 Stimmen erhalten hatte, diesmal auf der liberalen Seite stand. Und dieser kam auch zugute, daß die christlichen Demokraten, die das letzte Mal 8000 Stimmen aufgebracht hatten, diesmal gleichfalls nicht selbständig in den Wahlkampf eintraten. Den christlichen Demokraten ist es auch zuzuschreiben, daß das Mandat unseres Genossen Debusse in Courtrai arg gefährdet war. Denn während sie das letzte Mal an der Seite der Opposition saßen, waren sie diesmal aus dem Kartell ausgestiegen. Um so freudiger ist es zu begrüßen, daß das Mandat behauptet wurde.

Die Teilergebnisse lassen sich auch heute noch nicht vollständig überblicken. In Brüssel ist Vandervelde wieder, Genosse Camille Huismans, der Sekretär des Internationalen Bureaus ausgewählt. Der Stimmengewinn der Opposition ist befriedigend, unsere Partei hat in vielen, auch ländlichen Bezirken stark an Anhang gewonnen. In Antwerpen gewonnen die Liberalen 13 000, die Sozialdemokraten 2000, die Liberalen 7000 Stimmen. In Nivelles gewann das Kartell 7000 Stimmen gegen 1000 der Liberalen.

Die Wahlen sind überall außerordentlich ruhig verlaufen, doch war die Wahlbeteiligung eine sehr starke.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Mai 1910.

So schnell?

Wir berichteten kürzlich, daß die Reichsinnahmen im Monat April beträchtlich hinter dem Voranschlag zurückgeblieben sind. Schon damals tauchten Meldungen auf, die wissen wollten, im Reichsschatzamt werden neue Steuern ausgearbeitet. Jetzt will die „Mugsburger Abendzeitung“, das Organ der bayerischen Staatsregierung, aus authentischer Berliner Quelle erfahren haben, daß, falls die Ist-Einnahme des Reiches im Monat Mai keine Besserung ergibt, das Reichsschatzamt beim Bundesrat die Erschließung neuer Steuerquellen beantragen will. Die Reichswertzuwachssteuer kann damit natürlich nicht gemeint sein, denn sie bildet nur einen Bestandteil der im vorigen Jahre abgeschlossenen Reichsfinanzreform.

Daß die Meldung zunächst demontiert werden wird, ist ja wahrscheinlich. Aber damit wird niemand getäuscht werden. Es ist dies ja die bekannte deutsche Regierungsmethode, die braven Untertanen auf unangenehme Dinge vorzubereiten. Sider ist jedenfalls, daß bei der wahnwitzigen Finanzwirtschaft auf der einen und der elenden Steuerstimperei auf der anderen Seite es nicht lange dauern wird, bis sich die Notwendigkeit einer neuen Bedeckung des Defizits herausstellen wird. Fraglich ist bloß das eine, ob die Regierung diese Notwendigkeit schon vor den nächsten Reichstagswahlen zugestehen wird. 1907 wurde bekanntlich von der damaligen Regierung das Volk schmäblich getäuscht und viel von den herrlichen Kolonien, nichts aber von der halben Milliarde neuer Steuern gesprochen. Daß die Regierung des Herrn v. Bethmann ehrlicher sein sollte als die des Herrn v. Bülow, ist wenig wahrscheinlich. Ober sollte sie eingesehen haben, daß ihren Versicherungen auch der dümmste Wähler keinen Glauben mehr beimessen wird?

Nationalliberale gegen Nationalliberale.

Der Provinzialvorstand des nationalliberalen Vereins der Provinz Hannover hielt am Sonntag mit den nationalliberalen Abgeordneten der Provinz eine gemischte Sitzung ab, die sich mit der Stellungnahme der Partei zu der preussischen Wahlrechtsvorlage beschäftigte. Die Versammlung gelangte zu der einmütigen Auffassung, daß die Vorlage in der vom Herrenhaus beschlossenen Fassung für die Nationalliberalen unannehmbar sei. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Versammlung des nationalliberalen Vereins für den Wahlkreis Lüneburg spricht der nationalliberalen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses ihre dankbare Anerkennung aus für das mannhafte Festhalten an den Magdeburger Beschlüssen und knüpft daran die bestimmte Erwartung, daß die Fraktion niemals einem Wahlrecht zustimmen wird, das nicht die direkte und geheime Wahl gewährleistet, da ein Abweichen von diesem Standpunkt für die Partei geradezu verhängnisvoll werden würde.

Auch die „Jungliberalen Blätter“ sehen ihre Polemik gegen die fraktionellen Drehweibelpolitiker lebhaft fort. In ihrer Antwort auf die Angriffe der „Nationalliberalen Korrespondenz“ wirft das jungliberale Organ die

Frage auf, wo denn im nationalliberalen Parteiprogramm etwas von der Billigung von indirekten Wahlen, von der Anerkennung der halben geheimen Wahl, von der Maximierung der Steuerleistung usw. stehe. Die programmatische Grundgedanke in Magdeburg fordere vielmehr, wie man auf Seite 65 des offiziellen stenographischen Protokolls finde, Neueinteilung der Wahlkreise, vernünftiges Pluralwahlrecht, geheime und direkte Wahl. Schon das sei ein Kompromiß gewesen! Die Jungliberalen ständen also ganz mit beiden Füßen auf dem nationalliberalen Programm. Sie erwiderten deshalb die Frage, ob sie überhaupt noch der nationalliberalen Partei angehörten, mit der Gegenfrage, nach welchem Programm sich die Herren aus Dortmund denn eigentlich richteten!

Während sich auch der „Hannoversche Kurier“ gegen die Unfallsliste innerhalb der Fraktion wendet und die Unvereinbarkeit der Herrenhausbeschlüsse mit den Magdeburger Parteitagebeschlüssen darlegt, gibt die „National-Zeitung“ ohne redaktionelle Einschränkung eine Zuschrift wieder, in der das Gegenteil nachgewiesen wird! Auch die „Kölnische Zeitung“ gibt eine solche Zuschrift wieder, in der die ganze Abstimmungsfrage als etwas dargestellt wird, das mit programmatischen Grundsätzen nichts zu tun habe; die Fraktion werde so und auch so stimmen können; auf keinen Fall aber solle man es wegen der Abstimmung zu einem Konflikt innerhalb der Partei kommen lassen.

Die Meinungen sind also noch immer sehr geteilt, doch überwiegt immer mehr der Eindruck, daß die Unfallslisten in der Fraktion und in den Redaktionen der größeren Blätter die Mehrheit bilden!

Der Umfall der Regierung.

Die „Köln. Volksztg.“ erhebt gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie in der Wahlrechtsfrage schmäblich umgefallen sei. In vier Punkten unterscheidet sich die gegenwärtige Fassung der Wahlrechtsvorlage von der Regierungsvorlage: 1. in dem Ersatz der öffentlichen durch die geheime Wahl; 2. in dem Ersatz der direkten durch die indirekte Wahl; 3. in der Neueinführung der größeren Drittelsbezirke; 4. in der Totalabschwächung der Maximierung.

Die geheime Wahl sei der Regierung durch die Parteien aufgezwungen worden. Nicht nur die Linke und das Zentrum hätten ja die geheime Wahl gefordert, sondern sogar der Freiberger von Jechli. Die drei übrigen Änderungen aber seien unter Mitwirkung, zum Teil sogar aus der Initiative der Regierung heraus vorgenommen worden! Hier, vor allem bei der Einführung der großen Drittelsbezirke und der fast vollständigen Beseitigung der Maximierung sei die Regierung wirklich umgefallen. Es sei deshalb geradezu grotesk, wenn jetzt von gewissen Parteien an die Regierung das Ansehen gestellt werde, im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Autorität an den Beschlüssen des Herrenhauses festzuhalten. Das Kölnische Zentrumblatt schließt mit den Worten:

„Da ist es an der Zeit, daß wir uns nicht länger den bedauerlichen und viel bedeutungsvolleren Umfall der Regierung in der Pluralisierung des Wahlrechts mit aller Schärfe kennzeichnen. Als einen der wichtigsten Zwecke der Reform bezeichnete die Begründung der Vorlage die Abmilderung der pluralistischen Wirkungen des geltenden Wahlrechts, diesem Zwecke sollten dienen die Maximierung und die Drittelsung nach Wahlbezirken, deren wohltätige Wirkung in der Begründung ausdrücklich anerkannt wird. Was aber geschieht? Die nahezu einer Beseitigung gleichkommende Abschwächung der Maximierung und die Beseitigung der Wahlbezirksdrittelsung werden nicht eine Abmilderung, sondern eine Verstärkung des pluralistischen Charakters des Wahlrechts bewirken. Und da verlangt man von uns, daß wir einer solchen in ihr Gegenteil verkehrten „Reform“ zustimmen sollen. Wir halten an den Grundgedanken der Regierungsvorlage fest und sehen uns in die Lage versetzt, sie gegen die Regierung selbst zu verteidigen. Wenn die Gefahr besteht, daß die Regierung durch ihre Haltung bei der Wahlrechtsreform an ihrer Autorität Einbuße erleidet, so kann sie ihr nur dadurch begegnen, daß sie sich auf die Grundgedanken ihrer eigenen Vorlage zurückbezieht, anstatt diese im Dienste der Mandatspolitik bestimmter Parteien preiszugeben.“

Wir werden ja sehen, ob sich das Zentrum nicht dennoch zu weiterem Kaufhandel erbötig zeigt.

Friedensschalmeien.

Bei der Beerdigungsfeier für Eduard VII. hat Wilhelm II. dem französischen Minister des Auswärtigen Wilson versichert, daß seine Politik auf eine Erhaltung des Friedens hinauslaufe, da das Interesse der europäischen Nationen ein friedliches Zusammenarbeiten erfordere. Der französische Minister des Auswärtigen hat sich natürlich beeilt, diese Versicherungen der Friedensliebe zu erwidern. — Man braucht nun keineswegs an der Ehrlichkeit solcher Versicherungen zu zweifeln, um ihren Wert doch nur recht gering einzuschätzen. Denn alle Friedensliebe nützt nichts, solange die Nationen Europas fortfahren, sich im militärischen Rüstren zu Wasser und zu Lande gegenseitig zu überbieten, solange die Weltpolitik dieser Nationen darauf hinausläuft, sich Kolonien und wirtschaftliche Absatzmärkte gegenseitig abzujagen. Erst wenn die Völker so vernünftig geworden sind, auf das Sich-ausstechen durch den Militarismus und die Kolonialpolitik zu verzichten, wird die Kriegsgesahr wirklich beseitigt sein. Die einzig wirklich erfolgreiche Betätigung der Friedensliebe liegt deshalb in der Ausflärung der Masse des Volkes über die internationale Solidarität des Proletariats aller Nationen und in dem Kampfe gegen Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik!

Das haben leider auch die Friedensvereiner noch nicht begriffen, die am 21. und 22. d. M. in Wiesbaden den dritten deutschen Friedenskongreß abgehalten haben. So subjektiv ehrlich die Friedenspropaganda der bürgerlichen Friedensfreunde auch sein mag, so sehr verkennen diese Herren denn doch, daß die schönsten Friedenspredigten nichts nützen, wenn nicht der Kampf gegen die Ursachen des Chauvinismus und der Kriegsgesahr in jedem konkreten Falle mit aller Rücksichtslosigkeit aufgenommen wird!

Eine Mission der Friedensfreunde ist es auch, wenn ihr Organ etwas davon erwartet, daß möglicherweise der im Laufe dieses Jahres stattfindende erste englische Katholikentag für die Sache des internationalen Friedens eintreten werde. Selbst wenn, wie der „Völkerverein“ hofft, auch die Katholikentage der anderen Länder, insbesondere auch Deutschlands, platonische Liebeserklärungen für den Völkerverein abgeben würden, so wäre es für den Gang der Ereignisse völlig belanglos. Denn solange das Zentrum nicht gegen die Rüstungen und die kolonialen Forderungen stimmen würde, so lange würden gelegentliche Resolutionen der Katholikentage völlig unbeachtet bleiben. Die Rivalität der Nationen untereinander beruht eben auch auf unserer kapitalistischen Weltanschauung, die den Kampf aller gegen alle auch auf das Völkerverein überträgt.

Marinerüstungen.

Das jüngst verkündete Gebot allgemeiner Sparfamkeit in allen Ressorts des Reiches scheint auf das Meiste nicht zuzutreffen, denn der Admiral v. Tirpitz vorsteht: auf die Marine. Wie nämlich das „Berliner Tageblatt“ erzählt, hat die Marineverwaltung jetzt in schneller Reihenfolge die Ablieferung mehrerer Kriegsschiffneubauten von den Werften bestimmt. Dem zuletzt vor einigen Wochen von dem Stettiner Vulkan übernommenen Dreadnoughtpanzer „Rheinland“ haben jetzt zu folgen: das von der Germania-Werft in Gaarden gebaute weitere Dreadnoughtschiff „Pofen“, das bereits einige Werftprobefahrten in See von Kiel aus abhielt; dann der erste Invinciblerkreuzer der Flotte „Von der Tann“, den die Hamburger Werft von Blohm u. Hoß fertiggestellt hat und der in der neuen Woche mit seinen Werftprobefahrten beginnen soll, um dann nach Kiel übergeführt zu werden; ferner der Turbinenkreuzer „Köln“, der von Danzig aus in See war und der dieser Tage bereits seine Abnahmeprobefahrt mit gutem Erfolg erledigt hat. Im weiteren Verlauf des Sommers sollen dann noch die beiden weiteren Turbinenkreuzer „Köln“ und „Kugenburg“ folgen, die von der Stierler Elbawerft und der Germania-Werft in Emden bereits nahezu im Bau vollendet sind. Nachdem somit in den Frühjahrsmonaten dieses Jahres die vier neuen Schiffe „Kassau“, „Westfalen“, „Wäcker“ und „Mainz“ ihre Probefahrten abhielten und jetzt dem Frontdienst überwiesen worden sind (für „Mainz“ wird dies vom 6. Juni ab der Fall sein, indem das Schiff an Stelle des Kreuzers „Danzig“ in den Verband der Hochseeflotte zu treten hat) nehmen jetzt zunächst vier weitere Plottenneubauten die Probefahrten auf, denen dann in der zweiten Sommerhälfte noch zwei weitere folgen werden. Das Hauptinteresse werden die Probefahrten des Invinciblerkreuzers „Von der Tann“ beanspruchen, mit dem der Ausbau der Panzerkreuzerflotte in ein neues Stadium tritt, wie es mit dem der Schlachtschiff- und der U-Bootflotte im vergangenen Herbst der Fall war, als zum erstenmal die beiden Dreadnoughtschiffe „Westfalen“ und „Kassau“ zur Indienststellung gelangten.

Sozialdemokratie und Krankentassen.

In Köln redete auf einer Tagung der rheinisch-westfälischen Gemeinden Prof. Stier-Somlo von der Universität Bonn über die Reichsversicherungsordnung. Er erwähnte dabei die von der Regierung beabsichtigte Halbierung der Beiträge, durch die der sozialdemokratischen Vorherrschaft in den Krankentassen ein Ende gemacht werden soll. Er erklärte, er stehe der Sozialdemokratie fern, müßte aber auf Grund seiner weitreichenden Erfahrungen sagen, daß die von den sozialdemokratischen Arbeitern geleiteten Krankentassen die besten seien, was um so mehr bedeute, als die Arbeiter doch selbst die Infolge der hohen Leistungen höheren Beiträge aufzubringen hätten.

Folgen des Schnapsboykotts.

Das Berliner „Kleine Journal“ (Nr. 22 vom 23. Mai) berichtet: „Die Spiritus-Zentrale, die durch den Schnapsboykott in den letzten Monaten einen ganz gewaltigen Windertrag hatte, plant vom 1. Oktober ab den Brennspiritus zu bedeutend billigeren Preisen als sie jetzt sind, in den Handel zu bringen. Seit einiger Zeit bereits sucht die Spiritus-Zentrale Brennspiritus zu gewinnen, um dadurch Propaganda für den Verkauf von Brennspiritus zu geringen Preisen zu machen. Dem Vernehmen nach ist geplant, den Brennspiritus zu 20 Pf. per Liter im Kleinhandel zu vertreiben. Diese Maßnahme hat jedoch, wie in der Generalversammlung des Verbandes der Spiritus- und Spirituslosen-Interessenten mitgeteilt wurde, auch den Zweck, als Lockmittel für den Verkauf der anderen Geschäfte zu dienen. Gleichzeitig sollen diese Spiritusverschleier g. alten sein, auch Brennspiritus umzusetzen respektive dem Publikum ausdrücklich zu empfehlen und so die Selbstfabrikation von Schnaps und Wäcker zu beleben.“

Aus der Justizkommission des Reichstages.

In ihrer Sitzung vom Montag fehlte die Justizkommission die Beratung der Strafprozessordnung beim 7. Abschnitt (Beschlagnahme und Durchbrechung) fort. Beim § 87 versuchte das antisemitische Kommissionsmitglied, den Privatkläger in bezug auf das Recht der Beschlagnahme schlechter zu stellen als den Vertreter der Offizialklage; doch wurde diesem Gedanken von allen Parteien und auch von der Regierung entgegengetreten.

Beim § 88 kam es zu einer ausgedehnten Debatte darüber, ob die im Gewahrsam von nichtverdächtigen Personen befindlichen Papiere, die sich auf den Verdächtigen beziehen, zwangsweise beschlagnahmt werden dürfen. Gegenüber dem bestehenden Rechtszustand bedeutet die Regierungsvorlage schon eine Verbesserung. Danach dürfen die schriftlichen Mitteilungen zwischen unverdächtigen Personen und den Verdächtigen oder Aufzeichnungen über Mitteilungen des letzteren nicht beschlagnahmt werden. Von unseren Genossen wurde beantragt, dem § 88 folgenden Zusatz anzufügen: „Gegen die im § 48 aufgeführten Personen (Verdächtige, Rechtsanwältin und Ärzte) ist eine Beschlagnahme nur mit Zustimmung des Verdächtigen zulässig.“ Unter Ablehnung dieses Antrages wurde die Regierungsvorlage fast unentändert angenommen.

Im § 89 wird bestimmt, daß, wenn eine Gefahr im Verzuge ist, auch die Staatsanwaltschaft die Beschlagnahme ausführen könne, doch soll innerhalb drei Tagen richterliche Bestätigung dafür eingeholt werden. Dazu wurde auch von unserer Seite gefordert, anstatt „ist“ zu sagen, so daß die richterliche Bestätigung innerhalb drei Tagen eingeholt werden muß. Sonderbarerweise stimmten gegen diese Forderung gerade die Vertreter der Parteien, die sonst immer so stark die Unantastbarkeit des Privatigentums verteidigen: Konservative und Nationalliberale. Die Änderung wurde mit den Stimmen des Zentrums, der Freirechtlichen, Polen und Sozialdemokraten angenommen.

Zum § 94, der im Falle der Gefahr eines Verzuges die Beschlagnahme von Postsendungen durch die Staatsanwaltschaft zuläßt, wurde ein Antrag des Zentrums angenommen, der besagt, daß die von der Staatsanwaltschaft bei der Post beschlagnahmten Sendungen verschlossen von der Post auszuliefern und von der Staatsanwaltschaft verschlossen dem Richter zu übergeben sind, der über die Öffnung der Sendung entscheidet.

Handwerker als Einjährig-Freiwillige.

Die reaktionäre Presse macht ein großes Wesen davon, daß jüngst erst wiederum zwei jungen Handwerkern, einem Buchdrucker und einem Gürtler, wegen hervorragender Leistungen in ihrem Fache die Vergünstigung des einjährig-freiwilligen Militärdienstes zuteil geworden sei. Es sei nicht zu leugnen, daß die Deeresverwaltung durch diese Maßnahme, die ja übrigens nicht den ersten Fall der Verleihung der Einjährig-Freiwilligen an Handwerker darstelle, aufs neue für den Ausgleich der sozialen Gegensätze gesorgt habe.

Wenn der soziale Ausgleich durch solche Mittelwege herbeigeführt werden soll, kann unsere Bourgeoisie von vornherein daran verzweifeln. Denn daß einzelne Handwerker wegen hervorragender Leistungen in ihrem Fache zum Einjährig-Freiwilligen-Dienste zugelassen werden, ist allerdings eine uralte Gewohnheit. Selbstverständlich können solche Vergünstigungen nur einigen wenigen zuteil werden. Und selbst diese wenigen werden nicht einmal als vollberechtigte „Einjährige“ behandelt, sie können niemals Reserveoffiziere werden. Wir befürchten sogar, daß diese geringere Einschätzung intelligente und mit Recht empfinden ausgestattete Personen zum Nachdenken über das auch in unserer Heere zum Ausdruck kommende Klassenwesen veranlassen könnte. — Im übrigen haben ja bereits zahlreiche einjährige Militärs selbst in Preußen-Deutschland die Möglichkeit angetan, die militärische Dienstzeit für alle Mannschaften auf höchstens ein Jahr herabzusetzen!

Die Lehr- und Forschungsfreiheit vor dem bayerischen Landtage.

München, 19. Mai. (Fig. Ber.) Der Streit über die Lehr- und Forschungsfreiheit der Universitätslehrer hat von jeher bei der Beratung des Kultusetats im bayerischen Landtage eine besondere Rolle gespielt. Aus den Neuerungen der Fraktionredner Dr. Pichler, Dr. Günther und v. Hollmar seien hier einige Gedanken wiedergegeben.

Dr. Pichler: Eine unbeschränkte Freiheit kann nur eine Wissenschaft beanspruchen, deren Ergebnisse nach allen Richtungen hin feststehen. Sollen Staat und Kirche ihre ganze Existenz einer Wissenschaft anvertrauen, die gerade in bezug auf die wichtigsten Fragen des Lebens gendigt ist, ein „Ignoramus“ auszusprechen? Wenn die moderne Wissenschaft den außerweltlichen Gott leugnet, wozu dann überhaupt noch Religion und Religionsunterricht. Eine absolute und uneingeschränkte Lehrfreiheit gibt es für den Hochschullehrer ebenso wenig wie für den Volksschullehrer, eine absolute Lehrfreiheit gibt es ebensowenig als es überhaupt für den Menschen eine absolute Freiheit des Handelns gibt. Auch für die Wissenschaft existieren Schranken in den gegebenen Verhältnissen. Die Frage der Freiheit der Wissenschaft, der Forschung und Lehre geht am letzten Ende immer wieder zurück auf die Frage: Ist der Mensch ein Geschöpf und ist er als Geschöpf an die Gesetze des Schöpfers gebunden oder ist er autonom und selbst Herr und frei in allen Dingen?

Dr. Günther: Wir meinen, daß es eine abgestempelte offizielle Wahrheit für einen Forscher nie geben kann. Wenn ein Mann der Wissenschaft eine These aufstellt, so hat niemand das Recht, ihm vorzuschreiben, was er für Wahrheit halten soll. Nur die Wissenschaft hat das Recht, Irrtümer zu korrigieren; keine außerhalb der Wissenschaft stehende Macht hat hierzu das Recht. Wir wollen, daß der, der etwas zu wissen glaubt, es auch sagen soll.

v. Hollmar: Auf jeder Hochschule müssen Lehren vorgebracht werden, die den momentan herrschenden Ideen entgegenstehen, weil sonst die Annäherung der Zukunft unmöglich wäre und wir lediglich in dem Bestehenden verrotten würden. Dr. Pichler glaubt im Gegensatz zu uns zu wissen, was Wahrheit ist. Wer auf dem Standpunkte steht, daß irgendein Satz der Wissenschaft Wahrheit ist, steht nicht auf dem Boden der heutigen Wissenschaft. Man braucht Sie (Zentrum) nicht zu unterschätzen; aber davon kann keine Rede sein, daß Sie imstande wären, der Lehrfreiheit das Genid zu brechen.

Mit hochgradiger Nervosität

entschuldigte sich der Vizelfeldwebel Kufinat von der 11. Kompagnie des 3. Garderegiments, der sich vor dem Kriegsgericht der 1. Gardebrigade wegen Mißhandlung zu verantworten hatte. Dem Prüfling Groß hatte der Angeklagte eines Tages beim Schließen einen Schlag ins Gesicht und einen Stoß gegen die Hüfte verleiht. G. hatte seine Schiedsbildungen nicht erfüllt und hierüber aufgebracht, vergriff sich A. an ihm. Während einer Unterrichtsstunde hatte sich der Angeklagte über die Rannschaften geäußert und um seinen Gefühlen etwas Luft zu verschaffen, gab er dem Groß einige Schläge ins Gesicht. A. fand milde Richter. Das Gericht sah alle Fälle als leichte an und es nahm infolge dessen nur vorläufige Bewährungsstrafe an. Wäre, wie die Anklage angenommen, auf Mißhandlung erkannt worden, so wäre gegen A. der wegen Mißhandlung bereits zweimal verurteilte Straftäter, die Dienstentlassung ausgesprochen worden. Bei der milden Auffassung des Gerichts kam er aber mit 84 Tagen gelinder Arrest davon.

Oesterreich.

Das ungarische Regierungsprogramm.

Budapest, 22. Mai. In Marginen im Wahlbezirk Fogaras Hedervary hielt vor der Wählerchaft des vierten Budapester Bezirks eine Programmrede, in welcher er sagte, die günstige Stimmung, mit der das gegenwärtige Kabinett bei seinem Amtsantritt in weltlichen Kreisen aufgenommen worden sei, könne als Beweis dafür angesehen werden, daß das Land einer Politik der Rührung und der friedlichen Entwicklung zuneige. Das Kabinett genieße das Vertrauen, daß es zu der bewährten Tradition der dualistischen Politik zurückkehren werde. Diese Politik werde überall als Garantie für die Großmachtstellung anerkannt. Die Stellung der österreichisch-ungarischen Monarchie in Europa werde demnächst bedeutende finanzielle Opfer für diejenigen militärischen Zwecke erfordern, welche schon seit längerer Zeit als unerlässlich bezeichnet worden. Die Schlagfertigkeit der Armee sei das oberste Interesse des Vaterlandes und für ihre Erhaltung dürfe man kein Opfer scheuen. Es sei daher nicht angemessen, die Verwilligung dieser Kredite an gewisse belanglose Konzepte seitens der Krone knüpfen zu lassen. Er verurteile entschieden die Obstruktion, welche eine Revolution zu herabgesetzten Preisen sei. Hoffentlich werde das Land in impopularer Weise bei den Wahlen seinem Willen Ausdruck geben, daß die gesetzgeberische Tätigkeit des Abgeordnetenhauses nicht durch eine Obstruktion lähmgelegt werde, welche dem Geiste des Parlamentarismus widerspreche. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Wahlkreise.

Budapest, 22. Mai. In Marginen im Wahlbezirk Fogaras kam es zwischen Wählern des Regierungskandidaten und Wählern der rumänischen Nationalpartei zu einem Zusammenstoß, bei dem zwei Personen getötet und zwei verwundet wurden.

Frankreich.

Die deutsch-französischen Beziehungen.

Paris, 22. Mai. Der Temps bespricht die politische Bedeutung der Entsendung Pichons zur Reichsfeier in London und erwähnt die Unterhaltung Wilhelms II. mit dem französischen Minister. Das Blatt bemerkt: Man verrät kein Geheimnis, wenn man sagt, daß beide ihre Vertrauen auf eine Zukunft des Friedens und der Eintracht ausgedrückt haben, welche sich auf ehrenvolle Ausgleich führt überall, wo solche Ausgleich möglich sind. Frankreich und Deutschland haben seit einigen Monaten diese Eintracht in gewissen Punkten bewirkt. Licht, ohne ihrer Würde oder ihrem Interesse etwas zu vergeben. Um in gutem Einvernehmen zu leben, genügt es, wenn sie auf diesem Wege ausharren.

Wahlberichte.

Paris, 22. Mai. Heute morgen fand ein Minister- rat statt, während welchem der Kabinettschef Cléland die Berichte der Präfekten zur Kenntnis seiner Kollegen brachte. Wie Orland mitteilt, haben sich 298 Mitglieder der neuen Kammer zugunsten der Unterrichtsreform geäußert. 213 Mitglieder sprachen sich zugunsten der Ueberwachung der freien Schulen aus; 66 sind Anhänger des Unterrichtsmonopols, 40 sind Anhänger der Verteidigung der weltlichen Schulen und 133 haben sich überhaupt nicht zu dieser Frage geäußert. Wie andererseits aus den Berichten hervorgeht, haben 442 Wähler zugunsten der Kandidaten gewählt, welche Anhänger der Listenwahlen mit verhältnis-

mäßiger Vertretung sind, 776 000 sprachen sich zugunsten der einfachen Listenwahl aus, 520 000 zugunsten der Wahlen mit dauernder Festlegung der Wahlbezirke, 1102 000 Wähler stimmten für die Vertreter der Wahlreform und 888 000 zugunsten der Anhänger der Listenwahlen.

Italien.

Der Volksschullehrerkongress.

Rom, 18. Mai. (Fig. Ber.) Vom 15. bis zum 17. Mai hat in Rom ein außerordentlicher Kongress der italienischen Volksschullehrer stattgefunden, der sich mit dem Regierungsentwurf über die Volksschulreform beschäftigt hat. In allem wesentlichen wurde dieser vom Ministerium Sonnino eingebrachte und von Luzzatti übernommene Entwurf gut geheißen. Bemerkenswert ist besonders, daß der Kongress sich durch Affirmation für die Uebernahme der Volksschule durch den Staat aussprach. An den Verhandlungen nahmen über 3000 Volksschullehrer teil, die aus allen Gegenden Italiens gekommen waren. Auch der Ministerpräsident, der Unterrichtsminister und der Bürgermeister Roms hielten Ansprachen. Die große Mehrheit der italienischen Volksschullehrer gebührt ihrem Berufsverband an, der sich bei den letzten Wahlen offen für die Kandidaten der äußersten Linken erklärt hat. Das Erscheinen des Ministerpräsidenten auf dem Kongress hat also die Bedeutung ostentativen Radikalismus.

Spanien.

Die Senatwahlen.

Madrid, 22. Mai. Bis 8 Uhr abends waren folgende Resultate der Senatwahlen bekannt: Liberale 87, Konservative 87, Republikaner 8, Katholiken 8, Unabhängige 8, Kartisten 2, andere kleinere Parteien zusammen 11 Mandate.

England.

Die freitenden Iren.

London, 22. Mai. In Cork, dem Hauptstort der Dissidenten der irischen Partei unter O'Brien's Führung, sprachen heute sowohl Redmond wie O'Brien in erregten Versammlungen. Dank der Vorzüge der Behörden, die von auswärtig mehrere hundert Polizeibeamte hatte kommen lassen, verlief der Vormittag ruhig, am Nachmittage kam es aber zwischen beiden Parteien zu einem heftigen Zusammenstoß, bei dem etwa zwölf Personen derart verletzt wurden, daß sie ins Hospital geschafft werden mußten. Auch das Parlamentarismitglied Sheehan von den Dissidenten wurde bei dieser Gelegenheit arg mißhandelt.

Amnestie.

London, 22. Mai. Aus Anlaß seiner Thronbesteigung hat König Georg allen Strafgefangenen in England, je nach der Länge ihrer Strafe, einen Strafurlaub von einer Woche bis zu drei Monaten zuteil werden lassen. Die Admiralität hat beschlossen, allen Militärpersonen der aktiven Marine, die am 23. d. M. Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten Dauer wegen Disziplinarvergehens einschließlich Trunkenheit und Fahnenflucht verdrüben, den Rest der Strafe zu erlassen. Einen gleichen Erlass hat das Kriegsministerium bekanntgegeben.

Dänemark.

Fortschritt im Stillstand.

Wenn auch die dänische Sozialdemokratie diesmal ebenso wenig wie bei den Folketingswahlen im vorigen Jahre einen Zuwachs an Mandaten erreicht hat, zeigt sich doch so auch diesmal wieder der Fortschritt in der starken Zunahme ihrer Wählerzahl. Bei den Folketingswahlen von 1909 hatte die Sozialdemokratie in über 70 Kreisen eigene Kandidaten aufgestellt und es wurden 93 079 sozialdemokratische Stimmen abgegeben; diesmal aber, wo sie infolge des Wahlbündnisses mit den Radikalen die Zahl ihrer Kandidaten auf 55 beschränkt hatte, brachte sie es auf 98 719 Stimmen. Der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie von Wahl zu Wahl ist eine regelmäßig wiederkehrende Tatsache; 1895 wurden 24 439 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, 1898: 31 880, 1901: 43 153, 1903: 57 578, 1906: 76 612. Wenn der Fortschritt von 1909 zu 1910 hinter dem der früheren Wahlperioden zurückbleibt, so liegt das natürlich vor allem daran, daß eben nur ein Jahr zwischen den beiden letzten Wahlen verlossen ist; außerdem ist aber auch offenbar das Wahlbündnis mit den Radikalen mehr ihnen, als unserer Partei zugute gekommen, wenn es ihnen auch ebenso wenig wie den Sozialdemokraten Mandatzuwachs gebracht hat. Die Stimmenzahl der radikalen Partei ist seit der vorigen Wahl von 50 305 auf 64 836 gestiegen. Die Delegationsparteien haben es diesmal auf 117 416 Stimmen gebracht; im vorigen Jahre hatten diese Parteien zusammen 100 308 Stimmen. Die Linkenreformpartei, die den Mittelpunkt in diesem Kartell liberal angehauchter Reaktionen bildet, vereinigte auf ihre Kandidaten allein im Jahr 1906 noch 96 028 Stimmen und kam damals noch mit 56 Mann in das Folketing. Sie ist nun so heruntergekommen, daß sie sich nur noch durch die enge Verbindung mit den Gemäßigten, die sie früher als Verräter behandelte, ihren Einfluß zu sichern vermag. Für die Konservativen wurden im Jahre 1909: 64 189, diesmal 64 862 Stimmen abgegeben. Zurückgegangen ist nur die Stimmenzahl der keiner Partei angehörenden Kandidaten; 1909 wurden auf solche Kandidaten radikaler Richtung 8272, konservativer Richtung 6838 Stimmen abgegeben; diesmal sind es im ganzen nur 1439 Stimmen. Die Verschärfung der politischen Gegensätze hat es mit sich gebracht, daß für derartige Kandidaturen kein Interesse mehr vorhanden ist. So war auch die Wahlbeteiligung stärker als je zuvor. Im Jahre 1909 traten 322 986 Wähler auf den Plan, diesmal 347 705; damals wählten 71 Proz. der Wahlberechtigten, diesmal 75 1/2 Proz.

Rücktritt des radikalen Ministeriums.

Kopenhagen, 22. Mai. Im heutigen Ministerrat ist der Ministerpräsident ermächtigt worden, dem König bei seiner Rückkehr von London unterzüglich die Demission des Gesamtministeriums einzureichen.

Rußland.

Die Judenverfolgungen.

Die Ausweisungen der jüdischen Familien aus Kiew werden jetzt mit Gewalt durchgeführt, und zwar in der grausamsten Weise. Selbst in dringendsten Fällen wird höchstens ein Aufschub von zwei Tagen gewährt. Ein Teil der Ausgewiesenen wird per Schub weggebracht. Ganz unerwartet erhalten zahlreiche jüdische Familien und Personen, die bisher verschont geblieben sind, von der Polizei Ausweisungsbefehle, in denen den Be-

troffenen nur eine vierundzwanzigstündige Frist zum Verlassen der Stadt gesetzt wird. Unter der jüdischen Bevölkerung Kiews herrscht infolge dieser brutalen Vorgänge eine verzweifelte Stimmung.

Amerika.

Kämpfe in Nicaragua.

New York, 22. Mai. Nach einem Telegramm aus Bluefields (Nicaragua) hat der Führer der kassischen General Mena die Regierungstruppen in der Nähe von Rama vollständig umzingelt und ihnen die Zufuhr von Munition und Lebensmitteln abgeschnitten. Mena erwartet, daß die Segner sich unverzüglich ergeben werden.

Glücklicher war die Regierung zu Wasser. Nach einem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ behielt das Kanonenboot „Genus“, das der Regierung in Nicaragua gehört, das Kanonenboot „Ornate“ der Rebellen in Grund. Hundert Personen ertranken. Die „Genus“ hatte 400 Mann Besatzung und war gut ausgerüstet. Die „Ornate“ suchte zu entkommen, wurde aber bei Punta Verda eingeholt.

Aus der Partei.

Reichstagskandidatur. Die Genossen des 14. habsburger Reichstagswahlkreises stellten als Kandidaten den Genossen Karl Hahn, Mannheim, auf.

Politisches, Gerichtliches usw.

Ein Freispruch.

In einer Privatklage wegen Verleumdung eines Sohnes des Hofpediteurs Scheide in Jankow wurde der verantwortliche Redakteur der „Neusschen Volkszeitung“, Genosse Kih, vom Schöffengericht in Greiz freigesprochen. Die „N. V.“ hatte in einer Notiz behauptet, daß Scheide jun. einen Arbeiter im Betriebe seines Vaters geschlagen habe. Das Gericht gelangte zu der Ueberzeugung, daß die Notiz auf Wahrheit beruht.

Eine originelle Anklage

hat unser Moskauer Parteiorgan, die „Wiesburger Volkszeitung“ erhalten. Es brachte vor einiger Zeit einen Auszug aus einem Gerichtsurteil, worin mitgeteilt wurde, Jegen hätten vor Gericht behauptet, daß der Redakteur der „Landeszeitung“ in Neuss (eine Abzweigung des Reichsverbandes) „mehrfach in Artikeln der Wirklichkeit nicht entsprechende Behauptungen aufgestellt habe“. In einer „Berichtigung“ verlangte nun der „Landeszeitungs“-Redakteur von unserem Parteiorgan, und zwar unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes den Abdruck weiterer Partien aus dem benutzten Gerichtsurteil. Selbstverständlich legte dies unser Parteiorgan glatt ab. Die Folge ist, daß ihm jetzt eine Anklage wegen Vergehens gegen das Preßgesetz zugestellt wurde!

Soziales.

Arbeiter müssen die Beitragszahlung für die Sozialversicherung überwachen.

Wie notwendig es ist, daß Arbeiter sich darum kümmern, ob die Unternehmer die Beiträge für die Sozialversicherung leisten, lehrt eine Verhandlung vor dem Reichsgericht. Die Klägerin war mit einem Bureauleiter der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben in Breslau verheiratet und besorgte in den Jahren 1889—1908 die Reinigung der Geschäftsräume der genannten Gesellschaft. Sie erhielt einen monatlichen Lohn von 16 M. Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung sind für sie nicht entrichtet worden. Infolgedessen wurde sie mit einem im Jahre 1907 erhobenen Anspruch auf Invalidenrente abgewiesen. In dem vorliegenden Rechtsstreit sucht sie Ersatz des ihr durch die Nichtzahlung der Versicherungsbeiträge entstandenen Schadens zu erlangen. Ihr gegen die beklagte Bergwerksgesellschaft erhobener Anspruch ist vom Landgericht wie auch vom Oberlandesgericht Breslau abgewiesen worden.

Das Reichsgericht hat nunmehr im selben Sinne entschieden und deshalb die Revision der Klägerin zurückgewiesen. Hierzu heißt es in den Entscheidungsgründen: „Daß die durch die Gesetze vom 22. Juni 1889 und 18. Juli 1890 gegebene Verpflichtung des Arbeitgebers, für die rechtzeitige Entrichtung der Versicherungsbeiträge zu sorgen, an sich nicht zu den durch den Dienstvertrag begründeten Pflichten gehört, hat das Reichsgericht in fester Rechtsprechung angenommen. Eine besondere Vereinbarung, durch welche die Beklagte die Fürsorge für die Entrichtung der Beiträge auch für die Klägerin übernommen hätte, ist nach der einwandfreien Feststellung des Berufungsgerichts auch nicht festzustellen. Die Beklagte hatte allerdings diese Fürsorge für ihre gewerkschaftlichen Arbeiter übernommen, nicht aber für die Klägerin, deren Tätigkeit eine völlig andere und damit untergeordnet war, daß Zweifel entstehen konnten, ob sie überhaupt eine versicherungspflichtige war. Nach den in Gemäßheit des § 8 Absatz 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1889 bezw. des § 4 Absatz 1 des Gesetzes vom 18. Juli 1890 erlassenen, vom 27. November 1890 bezw. 27. Dezember 1890 bekanntgegebenen Bundesratsbeschlüssen (Reichs-Zentralblatt 1890 S. 899 bezw. Reichs-Gesetzblatt 1890 S. 725) sind vorübergehende Dienstleistungen als eine die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung nicht anzusehen, wenn sie von solchen Personen, welche berufsmäßige Lohnarbeit überhaupt nicht verrichten, zwar in regelmäßiger Wiederkehr, aber nur nebenher und gegen ein geringfügiges Entgelt verrichtet werden. Ob die Voraussetzungen dieser Bestimmung vorliegen, ist, wie mit der Anleitung des Reichsversicherungsamtes vom 6. Dezember 1905 (Ämtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamtes S. 613) zu V anzunehmen ist, nach der Lage des Einzelfalles zu erweisen. Jedenfalls lag es hier unter den hier obwaltenden Umständen ganz besonders der Klägerin ob, für die Erfüllung der Beitragspflicht selbst zu sorgen. Sie wußte, wie das Berufungsgericht feststellt, daß die Beklagte keine Beiträge für sie entrichtete, hat aber gleichwohl nichts getan, um sich den Anspruch auf die Alters- und Invalidenrente zu sichern. Ihre Verschulden muß danach nicht nur als ein dem der Beklagten gleiches, sondern als ein weitläufigeres angesehen werden.“

Standesvertretung.

Die in Karlsruhe abgehaltene 30. Hauptversammlung des Deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine protestierte nach einem Referat des Generalsekretärs Dr. Ruppel in Hamburg dagegen, daß die Handlungsgehilfen mit den Industriearbeitern zusammengeworfen würden.

In einer Resolution sprach sich die Versammlung einstimmig dahin aus, daß die heutige Forderung einer Interessensvertretung der Handlungsgehilfenstandes in der Schaffung paritätischer Kaufmannskammern gipfeln. Die Hauptversammlung richtet an die Reichsregierung das Ersuchen, nach Erledigung des Arbeitssammengesetzes alsbald an die Errichtung paritätischer Kaufmannskammern heranzutreten.

Weiter erklärte die Versammlung sich gegen kommunale Arbeitsnachweise, für Festlegung einer Lehrzeit von mindestens drei Jahren und für Pensionierung der Privatangestellten. Der Vertreter der Regierung, Oberregierungsrat Arch, machte die Mitteilung, daß begründete Aussicht vorhanden sei, daß der Gesetzentwurf im Herbst zur Vorlage gelangen werde. Weiter sprach man wohl seine Mißbilligung darüber aus, daß auf der Vollversammlung des Hansabundes sich ein starker antisozialer Geist bemerkbar gemacht habe, die Versammlung kam dabei aber doch zu einer Sympathieerklärung für den Bund.

Gewerkschaftliches.

Die Einigungsverhandlungen im Baugewerbe

werden, wie gemeldet wird, wiederum vom Oberregierungsrat Dr. Wiedfeldt geleitet werden. Der Termin für den Beginn der Verhandlungen ist auf Montag (23. Mai) festgesetzt worden. Sofern über die einzelnen Bestimmungen des abzuschließenden Tarifs sich in den Verhandlungen keine Einigung erzielen läßt, soll den Parteien vorgeschlagen werden, sich dem Spruche eines zu bildenden Schiedsgerichts zu unterwerfen.

Die „Grundsätze“ der Scharfmacher.

Wie uns mitgeteilt wird, wächst das Drängen der Bundesmitglieder nach Auszahlung der von den Industriellen zugesicherten Unterstützung von Tag zu Tag. Schon im Nr. 108 konnten wir über die Ungeheuer der weniger kapitalkräftigen Unternehmer berichten; damals wurden sie vom Bundesvorstand damit getröstet, daß über die Bewilligung der von den Industrieverbänden gestellten Mittel erst Grundsätze ausgearbeitet werden müssen. Aus all diesen Mitteilungen gewinnt es den Anschein, daß tatsächlich der Arbeitgeberbund fürs Baugewerbe die finanziellen Unterlagen des vom ihm erklärten großen Kampfes nicht genügend vorbereitet hat.

Es muß aber auch sehr schlecht in der Kasse des Arbeitgeberbundes aussehen, denn man regte schon an, daß die Vorstandsmitglieder für die Zukunft nur das Jahrgeld zweiter Klasse aus der Bundeskasse erhalten sollen. Die Tagesgelder sollen die Bezirksverbände tragen. Wir sind heute in der Lage, den Rotkeilenden verraten zu können, daß jetzt ankündend die Grundsätze fertiggestellt sind und nun Unterstützung ausgezahlt werden kann.

Die Industriellen haben im ganzen 130 000 Mark (!) zur Verfügung gestellt und zwar 30 000 Mark für Agitationszwecke für solche Bezirksverbände, wo die Aussperrung nicht vollständig gelungen ist. Derartige Gesuche haben nur Aussicht auf Erfolg, wenn die Aussperrung aufrecht erhalten bzw. verallgemeinert werden kann.

Die 100 000 Mark stehen vorläufig für Unterstützungszwecke zur Verfügung und sollen Unterstützungen grundsätzlich nur gewährt werden, wenn dadurch die Aufrechterhaltung der Aussperrung gewährleistet wird. Ferner an wirklich notleidende Kollegen oder andere Unternehmer, z. B. Fuhrleute, Ziegler usw. In den ausgearbeiteten Vorschriften heißt es dann weiter:

Gesuche um Unterstützung haben nur Aussicht auf Berücksichtigung, wenn sie folgenden Anforderungen genügen. Sie müssen enthalten:

1. Das Gesuch der betreffenden zu unterstützenden Firma mit Darstellung der Sachlage.
2. Ein Gutachten des betreffenden Verbandes bzw. seines präsidierenden Kontrollausschusses.
3. Eine Einverständniserklärung bzw. ein Gutachten des Bezirksverbandes.

Nur wenn diese Anforderungen erfüllt sind, kann der Bund das Gesuch an den Kartellausschuß der Industrieverbände beschickend weiter geben.

Der Kartellausschuß behält sich die Berücksichtigung vor und zählt dann diese an die zu unterstützende Firma.

Gesuche, die mit Umgehung der Orts- oder Bezirksverbände an den Bundesvorstand gelangen, haben keine Aussicht auf Erfolg, sondern werden zurückgeschickt.

Ganz unzulässig ist, daß sich Mitglieder, Orts- oder Bezirksverbände direkt an den Verein deutscher Arbeitgeberverbände oder an Herrn Dr. Graubenedict wenden.

Die vorhandenen Mittel sollen allen Bezirken gleichmäßig zugute kommen, vielleicht nach Maßgabe der Zahlen der ausgesperrten Arbeiter.

So sehen also jene fabelhaften Unterstützungssummen aus, die den bedürftigen Anhängern von den Oberstufmachern vor der Aussperrung verripochen wurden.

Von Millionen hat man geredet.

Wie sieht es heute damit? Ganze 130 000 M. sind vorhanden! Und diese befinden sich nicht in den Händen des Bundesvorstandes, sondern der Kartellausschuß der Industrieverbände hält seine Hand daran.

Diese Feststellungen genügen für die Arbeiter im Baugewerbe. Sie werden ihre Handlungen danach einrichten!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik in der A. E. G., Schlegelstraße, ist beendet. Die Sperre wird hiermit aufgehoben. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Steinarbeiter! Der Streik bei der Firma Gebr. Friesecke, Amstettenfabrik, dauert unverändert fort. Die Firma zahlt zwar zurzeit den tarifmäßigen Lohn, weigert sich jedoch, den Tarif durch den Abschluß eines beiderseitigen Vertrages anzuerkennen. Die Suche nach Unorganisierten war bis jetzt ohne Erfolg. Kollegen, sorgt dafür, daß die vorhandenen Streikbrecher keine Verhärterung erhalten. Zentralverband der Steinarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.

Die Tagung der Hirsche.

In der vergangenen Woche hielten die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in Berlin ihren siebzehnten Verbandstag ab. Bei der geringen Bedeutung dieser unklaren Arbeitervereinigung im öffentlichen Leben, wäre es kaum nötig, diese Tagung überhaupt zu refferieren, wenn nicht sich gelegentlich der Beratungen zwei Erscheinungen bemerkbar gemacht hätten, die einmal gerade bezeichnend für diese Unklarheit sind und zum anderen in einer kolossalen Heberhebung bestehen. Nach dem offiziellen Bericht besitzen die Gewerkschaften zurzeit 120 000 Mitglieder. Wie verschwindend diese Zahlen gegenüber denen der Zentralverbände sind, braucht nicht erst betont zu werden. Das wichtigste Moment der Tagung war die Beschäftigung mit der Frage der politischen Neutralität. Hierzu lag ein Antrag G. R. L. H. vor, der verlangt, daß es jedem Mitgliede zur moralischen Pflicht zu machen sei, sich außerhalb der Organisation politisch zu betätigen. Ein anderer Antrag Berlin verlangt sogar den direkten Anschluß an eine linksstehende Partei. Der Verbandsvorsitzende Goldschmidt redete des langen und breiten über dieses Thema, über den Generalstreik, die Reiseleiter, über die Lehren der englischen Arbeiterbewegung, über die Katschläge des Herrn Samuel Compers u. a. m. Auf diese kindliche Weise suchte er nämlich den Nachweis zu erbringen, daß sich die freien Gewerkschaften auf dem Holzwege befinden, indem sie sich politisch offen zur Sozialdemokratie bekennen. Diesen faulen Angereimheiten des Führers wurde aber aus der Mitte der Delegierten scharf widersprochen. Besonders als Goldschmidt die Hoffnung aussprach, daß sich die liberalen Parteien in Zukunft mehr den gerechten Forderungen der Arbeiter annehmen werden, wurde ihm von Berliner Delegierten entgegengehalten, daß diese Hoffnung bisher stets enttäuscht habe. Ein anderer Berliner Delegierter erwähnte Goldschmidt, daß er es bei dieser großen Hoffnung nicht einmal zu einem parlamentarischen Mandat gebracht habe, aber die Fortschrittspartei besetze ihre Mandate lieber mit Leuten von Protektion und großem Geldbeutel. Auch wurde dem famosen „Politiker“ der Vorwurf gemacht, daß er sich dazu hergegeben habe, in einem Wahlkreise zu

kandidieren, dessen sozialdemokratisches Mandat aus nichtigen, jesuitischen Gründen laffiert worden sei. Ueberhaupt wurde eine verbindlichere Haltung gegenüber der Sozialdemokratie verlangt. Zuletzt wurde eine Resolution angenommen, die auch fürderhin die politische Neutralität der Gewerkschaften gutheißt, es aber den Führern zur Pflicht macht, einige Mandate im Reichstag oder Landtag zu erringen, dabei sei es gleich, an welche Partei sie sich anschließen. Komisch! Einige Delegierte stimmten allerdings gegen die erneute Festlegung dieses geradezu klassischen Unsinnes. Auf Goldschmidts Wunsch wurde auch der Kommissionsentwurf des Arbeitsamtergesetzes gutgeheißen, obwohl viele Redner keine Arbeiterkammern gewünscht hätten. Das stärkste Stückchen leistete sich aber Herr Goldschmidt damit, daß er die Jagkraft des — Hirsch-Dunderschen Branntweinbottlotts „erwies“. Als er sich hierbei gar zu der Behauptung verstieg, unser Genosse Löbe in Breslau hätte zum größten Teil bei seinem Referat in Leipzig von den Hirschen gesammeltes Material benutzt, stellte Genosse Löbe zwei Tage später im „Berliner Tageblatt“ fest, daß sein Antrag und dessen Begründung in der „Volkswocht“ bedeutend früher veröffentlicht worden sei, als die Hirsche ihr „gesammeltes Material“ publiziert hätten. Herr Stadtverordneter Goldschmidt, der überhaupt auf dieser Tagung eine überaus traurige Erscheinung bot, hat natürlich hierzu nichts zu bemerken.

Daß Tendenzen in den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften lebendig sind, die aus dem alten Schlenkrian herauswollen, hat diese Tagung klar ergeben. Es ist nur verwunderlich, daß sich diese einsichtigen Elemente von einem so unfähigen Manne wie Goldschmidt gängeln lassen. Die sonstige Materie, die noch behandelt wurde, bot wenig Interesse, da allen Reden und Resolutionen über Koalitionsrecht, Reform des Arbeitsrechts, Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis, die von dieser kleinen Gruppe ausgehen, wenig Bedeutung beizumessen ist. Eine Erhöhung der Beiträge wurde in geschlossener Sitzung abgelehnt. Man kann nicht anders, denn mit diesen niedrig bemessenen Beiträgen spekuliert man auf den einzigen Zuwachs, den die Hirsch-Dunderschen haben, auf jene Elemente, die nur der Form halber organisiert sein wollen. Aus solchen Elementen kann man aber keine kraftvolle Organisation aufbauen. Zuletzt wurde noch eine schärfere Beteiligung an den sozialen Wahlen verlangt.

Als große Feindin der Organisation der Arbeiter hat sich die Solarine-Fabrik Meyers u. Co., Weissensee, Behderstr. 17/18, entpuppt. Die Firma will durchaus, daß in ihrer Fabrik, in der zirka 9 Arbeiter und 70 Arbeiterinnen beschäftigt sind, die Einigkeit der Arbeiter nicht zustande kommt. Am 10. Mai wurde eine Agitationsversammlung vom Fabrikarbeiterverband arrangiert resp. die Arbeiter durch Handzettel zum Besuch derselben aufgefordert. Der Meister Kamps erklärte den Arbeiterinnen: „Wer zu dieser Versammlung geht, wird entlassen!“ Die große Mehrzahl der Arbeiterinnen ließ sich auch einschüchtern und es erschienen nur wenige. Am Tage darauf wurden, weil sie angeblich die Leute aufgebeht hatten und zur Versammlung gegangen waren, drei Mädchen und zwei Männer entlassen. Die Firma hat auch allen Grund, die Organisation zu fürchten, lassen doch die Lohn- und Arbeitsbedingungen in ihrer Fabrik viel zu wünschen übrig. Ein Speiseraum für die Arbeiterschaft ist nicht vorhanden; die Mahlzeiten werden an den schmutzigen Arbeitstischen eingenommen. Im übrigen wäre es angebracht, wenn die Gewerbeinspektion sich diesen Vertrieh etwas näher betrachtete.

Fabrikarbeiterverband, Verwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

„Ohne Quellenangabe.“

Seit Jahren schon machen bei allen Gelegenheiten Wäschzettel die Kunde durch die arbeiterfeindliche Presse, worin versucht wird, alle Maßnahmen der Grubenherren zu rechtfertigen, die Verhältnisse auf den Gruben in rosigem Lichte erscheinen zu lassen und die Verichterstattung der Arbeiterpresse als leichtfertig und unwahr hinzustellen, deren Zweck nur sei, die Grubenherren anzuschuldigen und zu verächtlichen und die Arbeiter zu verheben.

Der Zufall hat uns nun wieder einen solchen Wäschzettel in die Hände gespielt, worin unter der Ueberschrift: „Gewissenlose Verichterstattung“ ausgeführt wird:

„Nulla dies sine Linea“, d. h. im Sinne der sozialdemokratischen Zeitungen: Keine Nummer ohne eine Anschuldigung der Unternehmer. — Dann wird versucht, die Berichte der Arbeiterpresse über den Schachsteinsturz auf Jecke Holland im Januar d. J. und dessen Ursache als jeder Grundlos entbehrend hinzustellen, und im Anschluß daran wird bemerkt: „Hiernach sind die Angaben der sozialdemokratischen Blätter zum Zweck der Verhetzung einfach aus der Luft gegriffen. Die frivole Verdächtigung hat in den Kreisen der Beamten und Arbeiter umsonst Empörung erweckt, als davon namentlich auch diejenigen betroffen wurden, die bei der gefährlichen Rettungsarbeit ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, und denen für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit von allen Seiten, auch aus den Kreisen der Arbeiterschaft, uneingeschränkte Anerkennung gezollt worden ist.“

Dieser Wäschzettel ist von der Arbeiterpresse seinerzeit schon gebührend gekennzeichnet worden, wir können es uns darum sparen, nochmals näher darauf einzugehen. Selbstverständlich ist es niemand eingefallen, den bei den Rettungsarbeiten tätigen Personen irgend einen Vorwurf zu machen, im Gegenteil hat auch die Arbeiterpresse ihnen Anerkennung gezollt. Die dahingehenden Bemerkungen des Wäschzettels sind nur eine gewissenlose demagogische „Anschuldigung“. Die Empörung über die Verichterstattung der Arbeiterpresse besteht auch nicht in den Kreisen der bei den Rettungsarbeiten beteiligten Personen, sondern lediglich in der Phantasie des Wäschzettelschreibers.

Doch das nur nebenbei. Was uns an dem Wäschzettel besonders interessiert, ist folgendes Begleitgeschreiben:

„Für die Veröffentlichung vorstehenden Artikels in Ihrem geschätzten Blatte „Ohne Quellenangabe“ wären wir Ihnen zu Dank verpflichtet. Belegexemplar erwünscht. Essen, den 7. März 1910.“

Die Geschäftsführung des Vereins f. d. bergbaulichen Interessen. Gladbach! v. Löwenstein.“

Ohne Quellenangabe! Die Geschäftsführung des bergbaulichen Vereins — Geschäftsführer Herr von und zu Löwenstein — schreit sich demnach, die von ihr verbreiteten Unterstellungen und Verdächtigungen offiziell mit ihrer Firma zu decken! Das ist die Art von Leuten, die das Licht zu scheuen haben! So also sieht die Quelle aus, aus der die völlig unmotivierten, jeder Grundlage entbehrenden Angriffe gegen die Arbeiterpresse fließen!

Zur Kennzeichnung des Herrn von und zu Löwenstein möge auch folgendes dienen: In einer Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller am 30. Januar 1909 in Berlin hielt der genannte Herr ein Referat über die damals vorliegende Verggesehensnovelle, betr. die Sicherheitsmänner im Bergbau, wobei er einen Artikel unseres Abgeordneten Hue über englische Arbeiterverhältnisse aus der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 14. Juli 1906 in einer Weise zitierte, daß dieser ihm in Nr. 9 der „Bergarbeiter-Zeitung“ von 1906 u. a. folgendes ins Stammbuch schrieb: „Herr von und zu Löwenstein hat also ein vergerrtes, darum unwahres Referat über meinen Artikel erstattet, dadurch die vorhandenen Gegenstände absichtlich, wöhlüberlegt verschärft! Ob eine solche Zitiermethode dem Grundsatze: „Aber verpflichtet!“ entspricht, darüber mag Herr von und zu Löwenstein nachdenken.“

Hierzu hat sich der genannte Herr bisher nicht geäußert.

Lohnbewegungen im Holzgewerbe.

In Darmstadt ist der Kampf mit den Holzindustriellen nun fast auf der ganzen Linie zugunsten der Arbeiter erledigt. Mit der Arbeitervereinigung wurde ein Vertrag bis zum 15. Mai 1914 abgeschlossen. Derselbe bringt den Arbeitern 7 Pf. Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden

pro Woche. Der Mindestlohn wird sofort auf 48 Pf. erhöht und steigt im Laufe der Vertragsperiode auf 52 Pf. pro Stunde. Der Oberstufmacher Glücker und die Firma Ehrhardt haben nun dieselben Bedingungen anerkennen müssen, die dardem mit anderen Firmen vereinbart waren und werden die Herren wahrscheinlich keine Lust mehr verspüren, die Führung im Kampfe gegen den Holzarbeiterverband wieder einmal zu übernehmen. Für die Holzarbeiter in Darmstadt bedeutet der Abschluß der Verträge einen schönen Erfolg und sind daran zirka 800 Arbeiter beteiligt. Nur noch einige kleinere Betriebe arbeiten ohne Vertrag, sie werden nunmehr auch recht bald zur Anerkennung der Vereinbarungen gebracht werden.

Eine erfolgreiche Lohnbewegung haben die Modelltischler des „Schaller Gruben- und Hüttenvereins“ hinter sich. Daß diese Firma sich zu einer nennenswerten Lohnerhöhung verstehen mußte, haben die Tischler ihrer vorzüglichen Organisation zu danken.

Gelbe Verleumder.

In den Schudertwerken zu Nürnberg vegetiert auch, von der Allgemeinheit ignoriert, wenn nicht verachtet, eine kleine, im Verschwinden begriffene Unternehmerschultruppe, der „gelbe“ Unterstützungsverein. Wie es bei diesen gelben Brüdern überall üblich ist, besteht auch hier die Hauptaufgabe dieser Leute neben dem Arbeiterberrat in der Verleumdung der freiorganisierten Arbeiter. Da man die gelben Käsewäuler meistens ignoriert, wurden sie allzu übermütig und so mußte einmal einer gefaßt werden. Der Werkzeuggeber und gelbe Führer Pauli hatte über das Mitglied des Metallarbeiterverbandes Heinrich Jmotha die erlogene Behauptung verbreitet, Jmotha, der verheiratet ist, habe mit einer sozialdemokratischen Vertrauensperson, einer Arbeiterin im Schudertwerke, die Ehe gebrochen. Der gelbe Bögner wurde vom Nürnberger Schöffengericht zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Ein Aussperrung größeren Umfanges vollzieht sich im Luttlinger Schuhgewerbe. Die Arbeiter in zwei Betrieben forderten — wie wir schon berichteten — eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde täglich und Einführung einer 1 1/2 stündigen Mittagspause. Die Unternehmer verweigerten die Erfüllung dieser Forderungen, weshalb die Arbeiter die Arbeit niederlegten. Sämtliche Unternehmer am Orte kündigten daraufhin den Arbeitern die Aussperrung an. Alle Vermittlungsversuche, auch die des Bürgermeisters, scheiterten. Die Unternehmer verlangte die bedingungslose Zurücknahme der Forderungen und Zurückkehr der Arbeiter in die Betriebe. Da selbst einige Fabrikanten die Forderungen der Arbeiter als sehr wohl erfüllbar erklärten, so blieben die Arbeiter bei ihren Forderungen. Die Aussperrung wurde nunmehr am 21. Mai vollzogen. 10 Firmen mit 240 Beschäftigten sperren nicht aus. Wenn die Aussperrung der anderen am Orte bestehenden 18 Firmen eine vollständige wird, so werden 2000 Schuharbeiter beschäftigungslos; mit ihren Angehörigen hätten somit 8000 Personen unter diesem Willkürakt der Unternehmer zu leiden. Da Luttlingen kaum 16 000 Einwohner hat, so ist die Hälfte der Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen. Die Aussperrten aber sind guter Zuvorsicht und haben die Sympathie der Öffentlichkeit auf ihrer Seite. Ruzug ist aber strengstens fernzuhalten!

Ausland.

Der Straßenbahnstreik in Stockholm, der von der Arbeiterschaft beschlossen wurde, weil die Gesellschaft ihr Versprechen, die infolge des Generalstreiks gemäßigten Leute wieder einzustellen, schnell gebrochen hat, ist mit dem 16. Mai zur Laichse geworden. Er wird von der Arbeiterschaft mit voller Kraft durchgeführt. Die Gesellschaft und ihre Aktionäre werden sich jedenfalls bald darüber klar werden müssen, ob das Geschäft sich noch rentiert, wenn die große Masse der arbeitenden Bevölkerung der Straßenbahn meidet wie die Pest. Der Direktor Walden hat zwar erklärt, daß der Wokst in den Pfingsttagen gar nicht gewirkt habe und daß die Tageseinnahme ungefähr ebenso groß gewesen sei wie zu Pfingsten vorigen Jahres, aber dieser Ausspruch war nur darauf berechnet, die Öffentlichkeit irre zu führen. Bei dem diesmal außergewöhnlich herrlichen Pfingstwetter in Stockholm hätte die Gesellschaft weit höhere Einnahmen als früher erzielen müssen. Die Wirkungen des Wokstis werden sicherlich bei dem nächsten Rechnungsabluß deutlich genug zutage treten.

Wie die Direktion ihre mit der Arbeiterschaft getroffenen Vereinbarungen nicht hält, so ist sie in anderer Hinsicht auch den Streikbrechern gegenüber wortbrüchig geworden. Dieser Tage kam ein Streikbrecher von der Straßenbahn nach „Socialdemokraten“ Redaktion und brachte ein von Walden persönlich unterzeichnetes Schriftstück, datiert vom 12. Oktober 1909, worin ihm für seine treuen Dienste als Arbeitswilliger eine Medaille versprochen worden war. Dasselbe Schreiben ist damals auch den anderen Streikbrechern zugegangen, aber die Medaille ist ausgeblieben.

Die Maurerstreiks in Italien.

Rom, den 19. Mai 1910. Nach ungefähr sechswochenlicher Dauer scheint der Maurerstreik in Mailand jetzt endlich seine Beilegung zu finden. Der Vorschlag, die kritischen Fragen einem Schiedsgericht zu überweisen, das von Vertretern beider Parteien gewählt wird, ist von den Arbeitern angenommen worden und bedarf nur noch der Zustimmung der Unternehmer. — In Rom ist alles noch auf dem alten Pfad. Die syndikalistische Gegenorganisation der Arbeitkammer, die „Lega Generale del Lavoro“ hatte gestern eine Sympathie Kundgebung für die Maurer organisiert, doch war die Beteiligung nicht so zahlreich, wie man erwarten konnte, weil die Einderufung zu spät erfolgt war und die Arbeiterkammer der Kundgebung nicht beitrug. Anstatt eine Sympathie Kundgebung für die Maurer wurde die Demonstration so vielmehr eine Antipathie Kundgebung gegen die Arbeiterkammer. Mit großer Erbitterung wurde hervorgehoben, daß die Trambahnen am Nachmittag der Versammlung nicht die Arbeit eingestellt hätten. Daß es die Arbeiter auch nicht getan hätten, schien niemand zu bemerken. Die Arbeiter gehören nämlich einer syndikalistischen, die Trambahnen dagegen einer der Arbeiterkammer angehörenden Organisation an. Von den Trambahnern genossen nur die liberalen Sezessionisten die Sympathie des Maurerkomitees; diese hatten nämlich im Bewußtsein ihrer minimalen Zahl für den Sympathiestreik am Demonstrationsnachmittage gestimmt. Daß die gewerkschaftliche Situation in Rom so verfahren ist, daran ist übrigens auch die Arbeiterkammer selbst schuld, die es an zielbewusster Koalition hat fehlen lassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Todessturz aus dem Fenster.

München, 23. Mai. (B. G.) Heute nachmittag kürzte nach der Heimkehr in seine Wohnung ein 52jähriger Bauarbeiter aus einem Fenster des dritten Stockwerkes in den Hofraum hinab, brach die Wirbelsäule und war sofort tot.

Radauffenzen.

Paris, 23. Mai. (B. G.) In der Medizinischen Fakultät wurden heute nachmittag aus Anlaß der Prüfungen während des Aufzuges der Kandidaten von Studenten und Kerzen brennende Kundgebungen veranstaltet, wobei gegen Mitglieder der Prüfungskommission sowie gegen einzelne Kandidaten Schmährufe ausgestoßen und mehrere Prüfer mit Holzstücken, Eiern usw. beworfen wurden.

Duellblödsinn.

Paris, 23. Mai. (B. G.) Heute fand ein Bisolenbueck zwischen dem Bruder des russischen Zaren und dem Grafen von Polignac statt. Lesseps wurde hierbei durch eine Kugel in der Seite schwer verletzt. Sein Zustand ist bedenklich.

Säuglingsfürsorge.

Mit dem Zusammendrängen der Proletariatsmassen in enge, dumpfe, licht- und luftlose Stadtwohnungen, mit der rapiden Zunahme der Erwerbstätigkeit der Frau, speziell der Verheirateten, nahm auch die Kindersterblichkeit in bedrückender Weise zu. Wenn auch seit Jahren die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese böse soziale Erscheinung hingelenkt worden ist, durch die Sozialversicherung, durch gemeindliche Fürsorge und durch private Initiative dem Wüten des Würgengels etwas gesteuert werden konnte, so haben wir doch immer noch eine erschreckend hohe Säuglingssterblichkeit. Von 100 Lebendgeborenen starben z. B. in Preußen im ersten Lebensjahre durchschnittlich jährlich in dem Zeitraum von 1901 bis 1906: überhaupt 18,3, bei der ehelichen 17,3 und bei den unehelichen 21,7 Proz. Demnach starben fast 20 Proz. der Lebendgeborenen im Säuglingsalter. Die Wurzeln des Übels sind bodenständig in unserer Gesellschaftsordnung. Soweit die Säuglingssterblichkeit läßt sich nicht ganz inhibieren, aber in einer vernünftigen Gesellschaftsordnung wird sie doch auf ein Minimum des heutigen Umfangs beschränkt werden können. Daß es sich um eine vorwiegend soziale Erscheinung handelt, beweist die schon öfter nachgewiesene Differenzierung der Sterblichkeit nach der wirtschaftlichen Stellung der Eltern. Mit dem Problem der Säuglingssterblichkeit beschäftigte sich der am 20. und 21. Mai in München abgehaltene 2. Kongreß für Säuglingsfürsorge, an dem sich außer sozialen, bürgerlichen Vereinigungen, Regierungen und Behörden beteiligten. Nicht man die Zusammensetzung in Betracht, dann kann anerkannt werden, daß der Kongreß wenigstens in kritischer Beziehung lobenswerte Arbeit geleistet hat. Professor Dr. Schloßmann-Düsseldorf beschäftigte sich z. B. mit dem Dekorationsstud des Stillgeldes in der Reichsversicherungsordnung. Er bemerkte dazu:

Der erste Entwurf der neuen Reichsversicherungsordnung enthielt als Fortschritt gegenüber dem bestehenden Rechte eine Ausdehnung der Zahl der weiblichen Personen, die der Versicherungspflicht unterliegen, und die Verlängerung der obligatorischen Wöchnerinnenunterstützung von sechs auf acht Wochen. Der zweite Entwurf der Reichsversicherungsordnung, der jetzt dem Reichstag vorliegt, enthält in § 218 ein Novum, das als Fortschritt anzuerkennen und zweifellos auf die Tätigkeit der Säuglingsfürsorge dienenden Organisationen zurückzuführen ist, nämlich den Begriff des Stillgeldes, das in Höhe des halben Krankengeldes bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft durch die Säugung der Kräfte gesichert werden kann. In der Festlegung, daß diese Leistung fakultativ in das Ermessen der Kräfte gestellt ist, liegt aber der wunde Punkt der ganzen gesetzlichen Regelung. Wir verlangen, daß diese Leistungen ebenso wie die in § 212 vorgesehenen (Krankengeld bei Arbeitsunfähigkeit für Schwangere infolge der Schwangerschaft, ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden, erforderliche Hebammendienste) obligatorisch werden. Mit fakultativer Leistung ist überhaupt nichts anzufangen.

Sie sind Dekorationsstücke auf dem Papier, da die Verwaltung der Kräfte fast ausnahmslos in Männerhänden liegt und nur die wenigsten Männer ein richtiges Urteil über Frauenbedürfnisse zu fällen in der Lage sind. In der Begründung des Gesetzes heißt es, daß die neue Vorschrift des § 218 Krankenlassen, die sich in günstiger Vermögenslage befinden, die vielfach erwünschte Möglichkeit gewährt, sich auf dem wichtigen Gebiet der Säuglingsfürsorge in zweckmäßiger Weise zu betätigen. — Der Vortragende betonte weiter, daß alle Krankenklassen, welche vernünftig organisiert sind, mit einem Betrage von 4 bis 4 1/2 Proz. eine obligatorische Mutterkuchenversicherung in weitgehendem Maße tragen können. Wenn der Gesetzgeber selbst Säuglingsfürsorge für ein wichtiges Gebiet erachtet, dann müsse er auch dafür sorgen, daß derart wichtige Bestimmungen nicht in das Belieben eines Kräftevorstandes oder einer mehr oder weniger säuglingsfeindlichen Generalversammlung gestellt würden. Die deutsche Vereinigung für Säuglingsfürsorge, alle Vereine und Gesellschaften, welche dem gleichen Zwecke dienen, alle sozial denkenden Männer und Frauen müßten sich jetzt rühren und dafür einreten, daß der Reichstag zum mindesten die fakultativ gedachten Bestimmungen in obligatorische Leistungen verwandelt.

Regierungsrat Viktor-Darmstadt betonte ebenfalls den Zusammenhang zwischen Mutter- und Säuglingsfürsorge. Seine Ausführungen lassen sich dahin zusammenfassen:

„Es ist offenbar, daß man die Fürsorge von Kind und Mutter nicht trennen kann. Der Mutter muß das, was dem Kinde gut ist, ebenso wie die Mutter kann ihre natürliche Pflicht gegen das Kind nur erfüllen, wenn für sie selbst in der kritischen Zeit des Wochenbettes und später gesorgt ist. Es taucht dabei immer wieder der Vorschlag auf, stillenden Müttern außer dem Wochenlohn obligatorisches Stillgeld zu zahlen. Diese Vorschrift würde eine gewaltige Propaganda für das Stillen der Mütter sein und weit über die Kreise der Versicherten hinaus wirken. Millionen

Frauen würden dadurch wieder Kenntnis von der Wichtigkeit des Stillens in Bezug auf den Organismus bekommen. Die Wirkung dieser Maßregel auf die Mutter ist aber nur möglich, wenn sie allgemein eingeführt und zur Bewandlung gemacht wird. Das Stillgeld muß so ausreichen bemessen werden, daß der Stillungsnot, soweit sie auf wirtschaftlichen Gründen beruht, ein Ende gemacht wird. Fakultative Leistungen stehen meistens nur auf dem Papier. Die Leistungen der Krankenversicherung bilden das Fundament aller Bestrebungen, die die Lage von Mutter und Kind bessern und die allzu große Säuglingssterblichkeit verhindern sollen. Auch Schwangerschaftsunterstützung bei Arbeitsunfähigkeit der Schwangeren ist als obligatorische Leistung zu fordern.“

Die Versammlung begnügte sich damit, ihre Sympathie mit den erhabenen Forderungen zu bekunden, sah aber von einer Beschlußfassung ab. Vielleicht geschah das mit Rücksicht auf die anwesenden Regierungsvertreter.

Für eine neue Regelung des Ammenwesens stellte der Referent, Professor Dr. Keller-Berlin, unter anderem folgende Forderungen auf:

„Die Ammenvermittlung erfolgt nur durch staatlich anerkannte Anstalten, welche die Verantwortung für die Gesundheit und Stillfähigkeit der Ammen und für den Schutz des Ammenkindes tragen.“

Vor Ablauf von drei Monaten nach der Entbindung darf keine Person eine Stelle als Amme übernehmen oder als Amme angenommen werden.“

Der Referent hob hervor, daß heute die Fürsorge für das Ammenkind oft genug den Tod des eigenen Kindes der Amme bedeute. Von der Durchführung seiner Forderungen erhofft er eine Besserung der bestehenden Zustände. Staatsanwalt Burkhardt-München trat ebenfalls für eine reichsrechtliche Regelung der Materie ein. Gemäß Beschluß der Versammlung soll der Vorstand des Material des Referenten zu Eingaben an die gesetzgebenden Körperschaften verwenden.

Zu dem letzten Punkt der Tagesordnung: „Säuglingsfürsorge auf dem Lande, insbesondere die Wirkung der Kräfte und Hebammen bei Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit“, führte der Referent, Bezirksarzt Dr. Dörfler-Weihenburg (Bayern) aus: „Die Sterblichkeit in Bayern ist in manchem Bezirksamt auf dem Lande 2,3 Proz. größer als in den umliegenden Städten. Das beweist die Notwendigkeit, die Säuglingsfürsorge auch auf das flache Land zu erstrecken. Die Säuglingsfürsorge auf dem flachen Lande 2,3 Proz. größer als in den umliegenden Städten. Das beweist die Notwendigkeit, die Säuglingsfürsorge auch auf das flache Land zu erstrecken. Die Säuglingsfürsorge auf dem flachen Lande 2,3 Proz. größer als in den umliegenden Städten. Das beweist die Notwendigkeit, die Säuglingsfürsorge auch auf das flache Land zu erstrecken.“

Der Zentralverband der Steinarbeiter

Am 28. bis 30. Mai seinen Verbandstag in Eisenach ab. Auch der Steinarbeiter hat in den letzten zwei Jahren sehr ernste Zeiten durchgemacht; der Verband ist nicht ohne Mitgliederverlust aus der Krise herausgegangen und hat besonders im vorigen Jahre sehr starke Lagen an Unterstützungen zu tragen gehabt. Aber die Mitgliederzahlen zeigen im vierten Quartal des vorigen Jahres wieder wesentliche Erhöhungen, und ist aus der ganzen Situation heraus für das gegenwärtige Jahr mit Bestimmtheit ein Steigen der Mitgliederzahl zu erwarten. — Trotz der Krise wurde der Kampf mit dem Internationismus mit aller Schärfe (zahlreiche Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung, 97 Streiks mit 4134 Beteiligten) und, wie die Tabellen im Vorstandsbericht zeigen, auch mit verhältnismäßig gutem Erfolge geführt.

Bei der diesmaligen Zentralversammlung haben eine ganze Anzahl Filialen und Bezirke — Elb- und Schwarzwald, Schlesien, Striegau — die Anstellung besoldeter Gauleiter beantragt. Der Gau Württemberg hat den Antrag gestellt, sich mit der Generalkommission in Verbindung zu setzen betreffs Anstellung eines italienischen Agitators für das Baugewerbe; mehrere Filialen beantragen Schritte zwecks Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband; vom Vorstand wird eine ausführliche Vorlage zur Einführung der Erwerbslosenunterstützung unterbreitet. So haben der Delegierten recht wesentliche Aufgaben zum inneren Ausbau und äußeren Fortschritt des Verbandes.

Der Verband beschloß am Schlusse des Jahres 1909 in 303 Zahlstellen 17 095 Mitglieder.

zum Beispiel in Bayern 131,6, in Württemberg 138,6, in Sachsen 130,2, in Preußen 125,5, in Oesterreich 127,3, in Frankreich 125,7. Wir haben es also hier mit einer ganz gleichmäßigen Erscheinung zu tun, die ihren Hauptgrund in der stärkeren Befruchtung und Schwächung der größeren männlichen Frucht bei der Geburt hat. Auch finden sich gewisse Anomalien bei den Knaben häufiger vor als bei den Mädchen. Bis zum Ende des ersten Lebensjahres hat sich dann die Sterblichkeit der beiden Geschlechter so weit ausgeglichen, daß die Differenz zugunsten der Mädchen nur noch 15 Prozent beträgt.

Musik.

Der Dichter Friedrich Heißche verheerliche gerne den Tanz. Vielleicht nicht nur, weil es ihm um einen Gegenstand des Leichtfertigen gegen das Schwerkörperliche zu tun war; vielleicht lockte ihn auch dies, daß kaum eine Kunst so, wie diese, Gelegenheit zu der „großen Jüchting“ gibt. Heißiger wurde und wird kaum jemals irgendwo geardet, als im Tanz als Kunstwerk. So von den künftigen Anfängen aller Dramatik angefangen bis zum künftigen Opernballet der Kreuzer. Aber nun kam auch die Kritik; das übertriebene Können verleitet zur Verkennung einer Kunst aus ihren natürlichen Zusammenhängen. Tanz ist künstlerische Gebärde, wie Dichtung künstlerische Wortsprache und Musik künstlerische Tonsprache. Tanz, Ton- und Lichtsprache; so sagte Richard Wagner die drei zusammen. Nun können Gebärde, Wort und Ton statt Mittel zum Zweck gleich selbst der Zweck werden und arten zum Formenspiel aus. Die ganze neuere Geschichte der Tanzkunst ist ein Wettkampf des mehr formalen und des mehr inhaltlichen Tanzprinzips. Die Ballettsagen der „großen“ Opern sind fast nur Ornament; Darstellung hingegen wollen die selbständigen „Ballette“ sein, die sich ja stets als „Pantomimen“ ausgeben, jedoch tatsächlich dies mehr nur als Ausrede für die bekannten „heintischen“ Situationen und „spannenden“ Trisots desuzen.

Das Wein und das Trisot: beide kennzeichnen am anschaulichsten den Abfall des Tanzes von seinem geschichtlichen Ursprung und von seinem bleibenden Kern. Die Ausbildung des leiblichen Formenspiels verlangt Unabhängigkeit von Hemmnissen der jeweiligen Kulturleistung, namentlich für die Tänzerin. So mischt die Ballettleitung, die sich vornehmlich durch Härtsdächen charakterisiert und die für weltliche mythologische Geschichten auch ganz wohl paßt. Aber auf die Dauer will der Tanz zurück zum Tanz. Das Gegenwartsballett, englisch zu late ballet, ringt sich empor, über Wein und Trisot und Lull hinaus. In England hat es vielleicht seinen stärksten Anlauf, in Amerika vielleicht den stärksten Zug zum Varietésport genommen.

Die Zentralasse hatte mit Einschluß des aus dem Jahre 1907 übernommenen Raffensbestandes von 351 286,02 M. eine Gesamtmenge in den zwei Jahren von 1 079 204,99 M., die Ausgabe betrug 647 938,98 M. Am Schluß der Geschäftsjahre verblieb ein Raffensbestand von 431 266,01 M. An Unerlösten wurden folgende riesige Summen ausgegeben: Streikunterstützung 254 553,71 M., Maßregelungsunterstützung 18 100,19 M., Krankenunterstützung 124 945,75 M., Sterbenunterstützung 1470 M., Reiseunterstützung 42 434,70 M., Umzugsunterstützung 1271,42 M., Rechtschutz 3858,19 M., Reisstands- und sonstige Unterstützungen 4187,70 M., in Summa 450 030,65 M.

Wir werden über die Verhandlungen der Generalversammlung Bericht erstatten.

Aus Industrie und Handel.

Kapitalistische Praktiken.

Wie jede Ware mit mehr oder minder großem Monopolcharakter, ist auch das Brennöel ein gut funktionierendes Instrument zur Ausbeutung der Konsumenten. In dem Grade, wie bisher die Vereinigung der Produzenten unter den Fitt des amerikanischen Petroleumtrusts gelang, wurden auch die Abnehmer geköpft. Immerhin, ein Weltmonopol hat der Trust noch nicht erlangen können. Früher war es hauptsächlich russisches Petroleum, das den Amerikanern die Preispolitik etwas regulierte; in den letzten Jahren hat sich dem amerikanischen Trust Oesterreich-Ungarn als Konkurrent unliebsam bemerkbar gemacht. Während wir z. B. aus Oesterreich-Ungarn im Jahre 1888 erst 14 390 Tonnen Petroleum einfuhrten gegen 46 464 Tonnen aus Rußland, betrug unsere Einfuhr aus ersterem Lande im Jahre 1908 schon 131 033 Tonnen, aus Rußland nur noch 45 180 Tonnen. In derselben Zeit stieg unser Import aus den Vereinigten Staaten von rund 268 000 Tonnen auf rund 850 000 Tonnen. Die Preise unterlagen bisher ziemlich erheblichen Schwankungen. Es notierte z. B. amerikanisches Petroleum 1 Doppelzentner mit Faß in Berlin (20 Proz. Tara) Markt:

Table with 7 columns: Year (1894-1909) and Price (18.3-21.9).

Der Rückgang im letzten Jahre dürfte hauptsächlich auf die Konkurrenz des österreichisch-ungarischen Petroleums zurückzuführen sein. Gegen dieses führt die Standard Oil Co. seit Jahr und Tag einen erbitterten Konkurrenzkampf. Wie dieser schließlich auslaufen wird, darüber kann kaum ein Zweifel bestehen. Bei dem Kampf kommt es lediglich auf die Bedingungen der Vereinigung an. Die nationalen Verbände, mit denen in diesem Kampfe schon sehr reichlich gearbeitet worden ist, verschleiern nur die rein kapitalistischen Motive. Die Gestaltung der Einfuhr Deutschlands an Petroleum scheint darauf hinzudeuten, daß die Amerikaner den Oesterreichern die Bestandsbedingungen schließlich diktieren werden. Die Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn ist erheblich zurückgegangen, die aus den Vereinigten Staaten fast verdoppelt. Unsere Gesamteinfuhr in den vier ersten Monaten der beiden letzten Jahre verteilt sich auf die Hauptproduktionsländer wie folgt:

Table with 5 columns: Country (Oesterreich-Ungarn, Rumänien, Rußland, Vereinigte Staaten) and Years (1909, 1910).

Der Rückgang unseres Importes aus Oesterreich-Ungarn macht fast 20 Prozent aus; dem steht eine Mehrzufuhr aus den Vereinigten Staaten von über 10 Prozent entgegen. Der Kampf, den die Standard Oil Co. führt, beschränkt sich nicht auf die Verdrängung der Konkurrenten durch Preisreduktionen, die amerikanischen Gesellschaften geht plammäßig darauf hinaus, den gesamten Handel auszuhalten. Den Großhandel drängte sie bei Seite, indem sie durch Tankanlagen und den Vertrieb mittels Tankwagen direkt mit den Händlern in Verbindung trat. Neuerdings sucht sie auch diese auszuschalten. Sie gründete sogenannte Kammvertriebsgesellschaften, die den Konsumenten das Brennöel direkt zuführen. Das auch das ein Kampfmittel gegen die Konkurrenz sein soll, erkennt man ohne weiteres aus der Preisdifferenzierung. An Orten, wo anderes Petroleum den Amerikanern den Markt streitig macht, ist das amerikanische Kammvertriebs billiger als dort, wo die Standard Oil Co. allein dominiert. Einer Zusammenstellung in der Zeitschrift „Petroleum“ ist zu entnehmen, daß z. B. in Jittau 1 Liter Kammvertriebs 23 Pf. kostet, in Hamburg dagegen nur 12 Pf. In Altona sind die Detailspreise für Petroleum von 18 Pf. in kurzer Zeit auf 14 bis 12 Pf. hinabgegangen. In Hannover, wo Kammvertrieb erfolgt, betragen die

Das russische Ballett ist wohl das berühmteste der Welt. Seine Stärke dürfte noch immer in der großen Jüchting zum Vorkommen der Grazie liegen. Aber der alte Tanzern und seine neuen Triebe von „konstitutionellerer“ Welt her brechen auch im „Absolutistischen“ ein wenig durch. Das Ballett der kaiserlichen Theater in Petersburg und Moskau kam neuer wiederum zu uns, mit einem kleineren Spiel in der Komischen Oper und mit einem größeren im Theater des Westens. Hier haben wir — am Sonnabend — eine Reihe von drei Tisot. Nur das erste betitelt sich dramatisch, als „Mimodrama“. Es hieß „Aeropatra“. Dann folgten ein „romantisches Poem“ und eine „choreographische Suite“; beides anscheinend doch noch mehr nach dem Herzen und Wein der russischen Künstler. Wir müßten weit ausholen, um dem „Impressiven“, oder sagen wir: Irdischen Zauber sowie der temperamentlichen Rhythmi der vielen Tänzerinnen und der Tänzer mit ihren wohl bald auch hier berühmt werdenden Namen gerecht zu werden. Nur die Musik zwingt noch zu einem Verweilen. Ballettmusik in allen Ecken, selbst wenn sie an sich nicht das höchste erreicht. Aber Trefflichkeit und einen einheitlichen, kontinuierlichen, kurz: echten Zug soll sie doch wohl haben. Nun heißt es bei dem Poem: „Musik von Chopin“; und beim Mimodrama waren sogar vier berühmte Russen als Komponisten angegeben. Und das deutsche Publikum soll die „Kollige“ gar noch glauben, wenn da und dort etwas herausgerissen und in die Szene hineingezwängt wird, ob's „trefft“ oder nicht! Zudem war auch dem Orchester — wohl der ständigen Kapelle des „Westens“ — ersichtlich eine überreife Einstudierung zugemutet worden.

Notizen.

— Theaterchronik. Die Leitung des russischen Balletts im Theater des Westens will nun die Aufführungen auch den weiteren Kreisen zugänglich machen. Die Preise der Plätze sind bedeutend ermäßigt.

— Hugo v. Hofmannsthal hat von seiner Komödie „Christinas Heimreise“ eine neue Fassung hergestellt, die in S. Fischers Verlag, Berlin, erschienen ist.

— Peter Kiegger ist an einer schweren Bronchitis in Krieglach erkrankt.

— David Friedrich Strauß, der von den Orthodoxen wegen seines „Lebens Jesu“ und seiner „Evangelienkritik“ gehaßte liberale Theologe, hat jetzt auch sein Denkmal erhalten (man könnte auch sagen die Anerkennung, daß er ungeschädlich geworden ist). In Ludwigsburg imigl. Schloßgarten ist es am Sonntag enthüllt worden.

Kleines feuilleton.

Wie hoch reicht die Luftschicht der Erde? Diese Frage beantwortet Dr. Alfred Wegener auf Grund der neuen Ergebnisse der „Aerologie“, wie man die Erforschung der höheren Luftschichten genannt hat, in einer interessanten Arbeit über das Profil der Atmosphäre, die er in der „Menschau“ veröffentlicht. In einem Querschnitt durch die Luftschicht werden die verschiedenen Höhen angegeben, bis zu denen noch Erscheinungen auftreten, die von dem Vorhandensein einer Atmosphäre von merklicher Dichte Zeugnis ablegen. Die äußerste Grenze läßt sich nach den Gasgesetzen nicht näher angeben; die größten Höhen, die man noch beobachten kann, geben die Polarlichter, die in allen Höhenlagen der Atmosphäre, bis zu 500 Kilometer vorkommen und besonders häufig bei etwa 200 Kilometer und dann wieder bei 60—70 Kilometer Höhe liegen. Ebenso bilden die Sternschnuppen ein Phänomen, das von dem Vorhandensein von Luft in sehr großen Höhen Zeugnis ablegt; die Hauptmasse liegt etwa zwischen 150 und 100 Kilometer. Die Dämmerungerscheinungen zeigen, daß die Grenze der Luftmasse, die noch dicht genug ist, um Licht zu reflektieren, bei etwa 70 Kilometer liegt; eine Höhe von 80 Kilometer ergab sich für die eigentümlichen „leuchtenden Nachtwippen“, die beim Ausbruch des Krakatau im Jahre 1883 bis weit über die Grenze der gewöhnlichen Wolken hinaufgetragen wurden. Für die Witterungsvorgänge kommen diese Höhen der Luftschicht nicht mehr in Betracht; die Konvektion des Wasserdampfes und damit die Witterungsvorgänge überhaupt sind vielmehr auf eine der Höhe nach fast verschwindende Zone von rund 10 Kilometer Dichte beschränkt; aber an der oberen Grenze der „Zone der Witterungserscheinungen“ herrscht nur noch ein Viertel des Gesamtluftdrucks, so daß sie also trotz ihrer geringen Mächtigkeit bereits dreiviertel der Gesamtatmosphäre in sich verdichtet, während die darüber lagernden Schichten, die sich zu der außerordentlichen Höhe von 400 und 500 Kilometer erheben, nur noch ein Viertel der Masse enthalten.

Die Sterblichkeit im ersten Lebensmonat ist, wie vielleicht nicht allgemein bekannt sein dürfte, bei den beiden Geschlechtern eine sehr verschiedene. Knaben weisen eine viel höhere Sterblichkeit auf als Mädchen, wie sie auch schon bei den Totgeburten überwiegen. Nach einer Zusammenstellung von Dr. E. Noelle in der „Zeitschrift für Soziale Medizin“ beträgt, wenn man die Sterblichkeit der Mädchen im ersten Lebensmonat gleich 100 setzt, die Sterblichkeit der Knaben

zelle 17 Pf.; dagegen sind in allen sächsischen Städten, wo eine Konkurrenz des österreichischen Petroleums nicht vorhanden ist, die Preise durchschnittlich bis auf 20 Pf. hinaufgegangen. Wenn die Oil Co. erst ihre Konkurrenten bezwingen oder mit ihnen sich verständigt hat, dann ist es mit den niedrigen Preisen vorbei. Schon aus diesem Grunde sollte man den Bestrebungen der Amerikaner nach Möglichkeit Hindernisse bereiten.

Die große wirtschaftliche Bedeutung der Angelegenheit kann man schon daraus erkennen, daß jede Mark Preissteigerung pro Doppelzentner für Deutschland eine Mehrausgabe von circa 10 Millionen Mark jährlich ausmacht. Und da die Standard Oil Co. mit ihrer bis an die Konsumenten heranreichenden Organisation diese nachher vollständig in Händen hat, kann sie die Preise ganz willkürlich diktiert. Allerdings, auch die Allmacht eines Petroleummonopols könnte schließlich gebrochen werden! Zum Teil ist das ein Problem der Elektrotechnik. Vorläufig kann die Elektrizität als Lichtquelle für den kleinen Haushalt mit dem Petroleum noch nicht konkurrieren, aber es dürfte doch nur eine Frage der Zeit sein, wann auch auf diesem Gebiete die Elektrizitätsindustrie Siegerin sein wird. Und lassen sich die Amerikaner zu rücksichtslosen Preistreibern verleiten, dann könnte sehr leicht der Gedanke, durch zollpolitische Maßnahmen den Sieg der Elektrizität zu beschleunigen, einen für die Petroleumkönige unliebsamen Resonanzboden finden.

Politik der Banken.

Die Banken begnügen sich nicht damit, Einfluß auf die Großindustrie zu gewinnen, sie nutzen ihn für ihre Interessen aus. Ein Instrument dazu ist die Dividendenpolitik, als ein Mittel der Kursbeeinflussung. Die Berliner Handelsgesellschaft, die viele Beziehungen zur Kontantindustrie unterhält, läßt der Öffentlichkeit folgende „Dividendenschätzungen“ mitteilen:

	1909/10 Schätzung Proz.	1908/09 Dividende Proz.
Thönitz Bergbau-Ges.	11-12	9
Böhmischer Gußstahl-Berein	12	12
Rhein. Stahlwerke	7-7 1/2	6
Dortmunder Union O.	8	2
Rombacher Hüttenwerke	8	5
Laurahütte	höchstens 4	4
Dortmunder Bergbau-Ges.	6-7	8
Allg. Elektr.-Ges.	ca. 14	13

Angenehm entsprechen die „Schätzungen“ nicht den an der Börse gehegten Erwartungen. Vielleicht haben die Banken ihre Verhältnisse erleichtert; klappt die Geschichte, werden sie bis zu den Generalversammlungen wieder gehörig erstickt sein.

Die Lebensmittelpreise im Kleinhandel.

Während im Großhandel die Lebensmittelpreise schon seit längerer Zeit eine weiche Richtung aufwiesen und niedriger stehen als im Vorjahre, bespielten die Detailpreise noch immer ihren hohen Stand, und erst im April machte sich, so schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“, eine geringe Senkung bemerkbar. Im Durchschnitt von 55 Städten stellte sich nämlich der wöchentliche Kostenaufwand für die Ernährung einer vierköpfigen Familie, berechnet auf Grund der Nahrungsmittelration eines deutschen Marinefeldates, auf 23,64 M. Im März hatte die entsprechende Standardziffer 23,70 betragen, im August 1909, dem Monat mit dem höchsten Stand 23,79. Im Gegensatz zu den Großhandelspreisen stehen aber die Detailpreise noch immer merklich über dem Niveau des Vorjahres. Für den Monat April beträgt der Vorprung gegen 1909 noch immer 1,05 M. pro Haushalt und Woche; im März hatte er 1,23, im Februar 1,32 betragen. Bewirkt wurde die Ermäßigung des Nahrungsmittelaufwandes von März auf April durch die Preisbilligung von Schweinefleisch, Butter und Kartoffeln.

Im Mai sind nun aber die Fleischpreise fast durchweg wieder in die Höhe gegangen. Nach den Zusammenstellungen der „Statistischen Korrespondenz“ über die Fleischpreise an 50 Markorten in Preußen ergeben sich folgende Durchschnitte. Es kostete ein Kilogramm in Pfennig:

	1. Hälfte 1909	1910
Rindfleisch	154	158
Kalbsteck	176	177
Sammelfleisch	163	170
Schweinefleisch	155	160
Rohfleisch	74	75
Schweinepied, geruch.	177	187

Wie die Aufstellung zeigt, sind besonders die Preise für Hammelfleisch, Schweinefleisch und für geräucherter Speck gegen das Vorjahr bedeutend hinaufgegangen. Die neuerlichen Preisserhöhungen für Fleisch dürften die kleine Abwägung, die für den April berechnet worden ist, wohl wieder ausgleichen haben.

Der patriotische Trost. Die steuerscheuen Agrarier können schmunzeln; um an Steuern zu sparen, hat der Hibernia-Trost seinen Sitz nach Güstrow (Mecklenburg-Schwerin) verlegt. Von dort aus will er, auch vielleicht nach dem Muster des Gründers Schlätius, Spekulationsgeschäfte machen.

2 1/2 Millionen Mark soll nach einer Mitteilung der „Vestl. Ztg.“ der Kaufpreis sein, den die Schultheiß-Brauerei für die Brauerei Pfeifferhof gezahlt hat.

Gute Gewinnkonjunktur.

Die Aktiengesellschaft Thönitz für Bergbau und Hüttenbetrieb in Rudert erzielte in den ersten neun Monaten des laufenden Geschäftsjahres einen Reingewinn von 5 1/2 Millionen Mark. Man erwartet für das gesamte Geschäftsjahr 7 Millionen Mark Reingewinn. — Die Rheinisch-westfälischen Kalkwerke in Dornap (Rheinland) weisen für die ersten drei Quartale des laufenden Geschäftsjahres fast 300 000 M. Reingewinn auf. — Die Rheinische Unfall-Versicherungsgesellschaft in Köln. Dividende gegen 56 Proz. im Vorjahre. Der Reingewinn betrug 1 650 384 M., 181 509 M. davon sollen als Gewinnanteil der Generaldirektor und die Aufsichtsratsmitglieder erhalten. Zur Dividendenzahlung benötigt man 800 000 M.

40 Proz. Dividende zahlt die „Rhenania“, Versicherungsgesellschaft in Köln. Der Reingewinn betrug hier 608 402 M., davon werden 240 000 M. zur Dividendenzahlung verteilt.

Die Krise in der Baumwollindustrie.

Man schreibt uns aus London unterm 21. Mai ex.: Die wirtschaftliche Krise machte sich in der englischen Baumwollindustrie, deren Geschäfte sehr eng mit denen Nordamerikas, dem Ausgangspunkt des letzten wirtschaftlichen Niedergangs, verbunden sind, am frühesten bemerkbar und es besteht sogar jetzt, da sich viele Industrien wieder langsam von der Krise erholen, noch keine Aussicht, daß sich die schlechten Verhältnisse in der Hauptindustrie Lancashire's bessern werden. Nun kommen die Arbeitgeber und verlangen von den Spinners, die ihnen während des letzten Geschäftsjahres der verflochtenen zwei Jahre in jeder Weise entgegengekommen sind, die Zustimmung zu einer Lohnreduktion von 6 Proz. Schon am 1. März des vergangenen Jahres ließen sich die Arbeiter eine fünfprozentige Lohnverkleinerung gefallen. Diese Reduktion in den Löhnen war die Folge der Ausperrung des Jahres 1908, die sieben Wochen dauerte und die dadurch beendet wurde, daß sich die Arbeitgeber bereit erklärten, die für den 1. Januar 1909 geplante Lohnreduktion bis zum 1. März des Jahres zu verschieben. Seit vielen Monaten werden nun schon Forderungen eingeleitet, die direkt den Zweck besorgen, durch eine Einschränkung der Nachfrage nach Rohbaumwolle die Pläne der amerikanischen Spekulanten zu

durchkreuzen. Die Arbeiter haben diesen Abwehrkrieg gegen die Uebermacht der Watten und Sully in selbstloser Weise mitgemacht. Aber nicht allein, daß sie ruhig mit angehen haben, wie ihre Löhne durch Reduktionen und Frierlichkeiten vergrößert wurden, sie haben sich auch mit Eifer an der Bewegung beteiligt, die danach strebt, durch den Ausbau von Baumwollplantagen in den britischen Kolonien ihre Industrie von Nordamerika unabhängig zu machen. Die Arbeiter selber standen vor zwei Jahren Aktien in der „British Cotton-Growing Association“, und augenblicklich soll wieder zu dem gleichen Zwecke ein monatlicher Beitrag von einem Penny auf 15 Monate erhoben werden. Viele der Textilarbeiter Lancashire's, die von den Baumwollplantagen in den Kolonien Großes hoffen, sind arg enttäuscht worden. Solche Unternehmungen lassen sich nicht aus dem Boden stampfen und werden meist erst nach langen Versuchen mit verschiedenen Baumarten und unter verschiedenen Verhältnissen ertragsfähig. Unterdessen aber leidet der Arbeiter unter dem Druck der andauernd verschlechterten Lebenshaltung, und man wird die Stimmung verstehen können, in der die Arbeiter Lancashire's das Verlangen der Unternehmer nach einer weiteren Lohnreduktion aufgenommen haben.

Verschärft wird die Krise ohne Zweifel durch die Machinationen der amerikanischen Spekulanten; denn den weitaus größten Teil ihrer Rohstoffe bezieht die Baumwollindustrie Lancashire's aus den Vereinigten Staaten Nordamerikas. Kann man mit den Arbeitergroßen und einer skeptischen Fabrikantenschaft das Problem der Rohstoffzuführung für eine solche gewaltige Industrie wie die Textilindustrie Lancashire's lösen? Die bestehenden Zustände offenbaren jedem denkenden Menschen die heillose Verwirrung, in die das kapitalistische Produktionssystem das Erwerbsleben eines großen Teiles des englischen Volkes gebracht hat. Diese Verwirrung kann nur durch ein entschiedenes Eingreifen des Staates in den Produktionsprozeß beseitigt werden. Darüber sind sich heute alle Parteien klar. Sowohl die Konservativen wie die Liberalen haben eine kräftige Unterstützung der Versuche, in den britischen Kolonien Baumwollplantagen anzulegen, versprochen. Man darf sich aber nicht verhehlen, daß sich einer wirksamen Lösung des Problems manche Schwierigkeiten in den Weg stellen. Konservativ wie Liberaler sind offenbar auf den Stimmengang aus und werden den Kapitalisten, die jedem Eingreifen der Gesellschaft in den Produktionsprozeß mit großem Mißtrauen gegenüberstehen, manche Konzessionen machen müssen. Soweit sieht jedoch fest, daß die große Textilindustrie Lancashire's, deren Produktion jetzt fast die Hälfte der Produktion der Textilindustrie in der ganzen Welt ausmacht, nur durch das Eingreifen des Staates vor dauernder Schädigung oder gar dem Ruin gerettet werden kann.

Aus der Frauenbewegung.

Eine dankenswerte Neuerung.

Der Wert der „Gleichheit“ als Aufklärungs-, Bildungs- und Erziehungorgan braucht an dieser Stelle nicht besonders hervorgehoben zu werden. Wer dieses Organ kennt, das hauptsächlich der Agitation unter dem weislichen Proletariat dient, der weiß es zu schätzen. Ihres Inhalts wegen hat wohl schon jede Leserin und jeder Leser der „Gleichheit“ bedauert, die Blätter nicht zu Jahrbänden vereinigt zu besitzen. Aus diesem Grunde ist denn auch schon öfter der Wunsch laut geworden, der Verlag möge zweckdienliche Einbanddecken herstellen lassen. Diesem Verlangen hat der Verlag jetzt in dankenswerter Weise entsprochen. Für den Jahrgang 1909/10 sind nun für die „Gleichheit“, Hauptblatt mit Beilage „Für unsere Hausfrauen und Mütter“ und für die Kinderbeilage einfache aber gut ausgestattete und vor allem billige Einbanddecken von dem Verlage — Stuttgart, Furtwängler, 13 — zu beziehen. Die beiden Decken kosten zusammen nur 1 Mark. Bei Einzelbestellungen 30 Pf. mehr für Porto. Jeder Decke wird Titelblatt und Inhaltsverzeichnis gratis beigegeben. Da sicherlich viele Abonnenten der „Gleichheit“ die Nummern gesammelt haben, wird die Neuerung hoffentlich vielen Zuspruch finden. Es empfiehlt sich daher, Bestellungen umgehend an den Verlag gelangen zu lassen. Ein Band der „Gleichheit“ ist zweifellos für jede Bibliothek ein wertvoller Besitz.

Frauen an preussischen Universitäten. Das Frauenstudium hat im letzten Semester wieder eine Zunahme erfahren. Nach einer Zusammenstellung des Geh. Oberregierungsrats Zilmann studierten im Wintersemester 1909/10 an preussischen Universitäten 2324 Frauen gegen 1880 im Jahre vorher. Davon hatten sich 2004 (1453 im Vorjahre) der Philologie zugewandt; 206 (188) studierten Medizin, 89 (22) Theologie und 15 (17) Jura. Die Folge der neuen Immatrikulationsbedingungen war, daß die Zahl der immatrikulierten Hörerinnen gegenüber der Gasthörerinnen gewachsen ist. Während im Wintersemester 1908/09 die Zahl der letzteren noch größer war als die der ersteren, kommen diesmal auf 1250 immatrikulierte nur noch 1074 Gasthörerinnen.

Gerichts-Zeitung.

Gefängnisstrafe für einen Ruf der Entrüstung.

Am Demonstrationssonntag, dem 6. März, abends gegen 7 Uhr, soll der Zuschneider Jahnke durch den Ruf: „Psui, Bluthunde!“ mehrere Polizeibeamten beleidigt haben. Gestützt auf die bestimmte Aussage eines einzigen Zeugen, Schuhmann Winterfeld, hat das Schöffengericht eine Gefängnisstrafe von einer Woche gegen Jahnke verhängt, wogegen er Berufung einlegte. Gestern kam die Sache vor der Strafkammer zur Verhandlung. Auch hier erklärte der Schuhmann Winterfeld, jeder Irrtum darüber, daß neben vielen anderen auch Jahnke den Ruf ausgestoßen habe, sei ausgeschlossen. — Nach den glaubhaften, durch einen Zeugen, Schantwirt Seidler, unterstützten Angaben Jahnkes erscheint es jedoch sehr unwahrscheinlich, daß gerade er geeignet sein sollte, Schulzeute zu beleidigen. Jahnke, der früher ein Schanklokal hatte, ist mit vielen Schulzeuten befreundet; er hat auch keine Abneigung gegen die Polizei und ist an dem fraglichen Tage rein durch Zufall unter die demonstrierende Menge geraten. Er war während des Tages auf seinem Laubland, hat am Nachmittag bei einem befreundeten Schankwirt in der Mescholzstraße Gäste, meistens Schulzeute, beherbergt, und als er abends nach Hause ging, ist er in der Faldensteinstraße in die Menschenmenge geraten. Aus ihr erscholl der Ruf „Bluthunde!“. Jahnke betreitet ganz entschieden, daß er sich an den Ruf beteiligt habe. Zu seiner großen Ueberraschung sei er von dem Schuhmann Winterfeld gepackt und zur Wache gebracht worden. Auf dem Wege dahin habe ihm ein ihm befreundeter Schuhmann zugerufen: „Frans, was machen Sie denn mit Dir?“

Nach alledem ist wohl anzunehmen, daß, wenn ein politisch so uninteressierter und mit Schulzeuten befreundeter Mann, wie Jahnke, wirklich einen Ruf der Empörung ausgestoßen haben sollte, das Verhalten der Beamten geeignet gewesen sein muß, selbst die ruhigsten und indifferentesten Leute aus der Fassung zu bringen.

Der Verteidiger, Rechtsanwält Kurt Rosenfeld, suchte dem Gericht begreiflich zu machen, daß eine Freiheitsstrafe, falls man den Angeklagten verurteilen wolle, in diesem Falle in keiner Weise gerechtfertigt wäre.

Das Gericht ließ sich jedoch nicht zu dieser Ansicht bewegen, sondern erkannte, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, auf Verurteilung der Berufung! Es bleibt also dabei, daß der Angeklagte einen Ausruf der Entrüstung, der juristisch als Beleidigung aller an der Absperrung beteiligter gewesener Schulzeute qualifiziert wird, mit einer Woche Gefängnis büßen soll.

Eine so hohe Strafe hält das Gericht — wie in der Urteilsbegründung gesagt wurde — für notwendig, um die Beamten zu schüchtern, die durch die betreffende Ausrufung schwer getränkt worden sei.

Die durch Schläge mit Schuhmannsfausten und Schuhmannsfädeln gekränkte Ehre von Teilnehmern an den Demonstrationen ist noch nicht geküht worden.

Schuh gegen Schulzeute!

Vor der Strafkammer des Landgerichts Duisburg gelangte am Freitag wieder einer der üblichen Schuhmannsprozesse zur Verhandlung, wie sie in der Industriegegend am Niederrhein bald zu den alltäglichen Erscheinungen gehören. Der „Schuhmann“ Wilhelm Weiß aus dem Polizeidistrikt Hamborn hatte sich des Mißbrauchs der Amtsgewalt und der Mißhandlung im Dienste schuldig gemacht. Die Verhandlung förderte folgenden Tatbestand zutage: In der Nacht vom 18. Oktober v. J. kam in Hamborn eine kleine Gesellschaft von Juchendbeamen, bei der sich auch noch ein Kaufmann, ein Lehrer und ein Metzgermeister befanden, die Provinzialstraße entlang. Die Herren waren auf einer Vereinsfeierlichkeit gewesen und war es vielleicht hierauf zurückzuführen, daß der Juchendbeamte Post und der Metzgermeister Rüppel ein wenig saugen. Das hatte der in der Nähe befindliche „Hüter der Ordnung“ Weiß gehört, der nun natürlich kraft seines Amtes gegen den „Anflug“ einschreiten mußte. Ein Juchendbeamter Beder, der den Weiß herankommen sah, sagte zu den beiden Sängern: „Seid ruhig, da kommt ein Beamter.“ Als Quittung für diese Warnung wurde Beder, als der Uniformierte herangekommen war, beim Genick gefaßt und mit Ohrfeigen traktiert. Auch sprang der Hund des Polizisten dem Beder an die Waden und brachte ihm einige Wunden bei. Nur wer die Handflächen des Weiß in nächster Nähe gesehen, kann sich die volle Wirkung einer Ohrfeige von diesen Händen ausmalen. Die ganze Gesellschaft benahm sich so polizeifremd, daß sie nicht wagte, die Brutalitäten zu verhindern. Der Herr Metzgermeister machte sogar den — Haken, indem er von der Bildfläche verschwand. Auf dem Wege zur Polizeiwache erhielt dann Beder, der mit Post zusammen für verhaftet erklärt worden war, noch einige Schläge ins Genick, als er zu bemerken wollte, er habe doch gar nicht gesungen. Obwohl nun Beder fortwährend seinen Namen nannte, Post sowie Rosenbaum, die beide auch noch persönlich mit dem „Schuhmann“ bekannt waren, ihn legitimierten und Beder außerdem noch seine Vereinsmitgliedskarte und einige bei sich führende Briefe als Legitimation vorlegte, ließ dennoch der Herr Schuhmann nichts von alledem gelten. Der Herr der Strafe sperrte den Beder ein; vergeblich war das Verlangen Beders nach dem vorgeesehenen Kommissar.

Und die Sühne für diese Polizeigeltung? — Staatsanwalt Dr. Schmidt beantragte 4 Monate Gefängnis, weil der „Schuhmann“ seine Pflicht als Beamter schwer verletzt habe. Doch das Gericht hatte ein Einsehen mit dem „Hüter der Ordnung“, es beurteilte ihn zu — 150 Mark Geldstrafe! Das Gericht schloß sich vorwiegend der Argumentation des Verteidigers, Dr. Ballash-Essen, an, der in seiner „Verteidigungsrede“ bemerkte:

„Die Verurteilungen des Angeklagten erschienen immerhin noch im milden Lichte angefaßt der leider so häufigen Uebergriffe von Beamten der Sicherheitsorgane, die bei Mißbrauch der Amtsgewalt sich der Waffe bedienen. Das habe Weiß doch nicht getan! Der Angeklagte habe auch wohl im jugendlichen Feuerzorn gehandelt (Weiß trägt erst zwei Jahre den Polizeirod), habe auch wohl kaum die Instruktionen alle verstanden. Für die widerrechtliche Inhaftierung könne Weiß nicht verantwortlich gemacht werden, da er sich in der Handhabung der Befehle nur „geirrt“ habe usw.“

Diese Begründung, die gewollt oder ungewollt, eine blutige Ironie auf unsere Polizeiwirtschaft darstellt, und das Urteil bezeichnend in demselben Grade das gottgemessene Abhängigkeitsverhältnis des Publikums von Sr. Majestät dem Schuhmann!

Ungültige Kreis-Polizeiverordnung.

Der Landrat zu Liebenwerda hat unter dem 19. November 1880 eine Polizeiverordnung erlassen, durch die er verbot, an nicht ortsbefugte Bettler Almosen zu geben. Die Verordnung sollte Thiere übertreten haben. Der Angeklagte bestritt die Gültigkeit der Verordnung. Die Strafkammer in Lorgau als Berufungsgericht sprach den Angeklagten aus frei, indem es die Ungültigkeit der Verordnung des Landrats annahm, weil die Materie des Bettelns durch das Strafgesetzbuch erschöpfend geregelt sei. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein.

Das Kammergericht wies aber die Revision ab. Es ging jedoch auf die Frage der materiellen Gültigkeit der Verordnung nicht ein, da sie schon aus einem formellen Grunde für ungültig erachtet werden müsse. Der Regierungspräsident zu Merseburg hat nämlich unter dem 13. Mai 1884 gemäß § 144 des Landes-Verwaltungs-Gesetzes Vorschriften erlassen, von deren Beachtung die Gültigkeit von Kreis-Polizeiverordnungen abhängig ist. Darin wird bestimmt, daß solche Polizeiverordnungen in den einleitenden Worten Bezug nehmen müssen auf den § 142 des Landes-Verwaltungs-Gesetzes und auf die §§ 6 und 15 des Polizei-Verwaltungs-Gesetzes. Die Polizeiverordnung des Landrats erwähnt aber außer dem § 142 des Landes-Verwaltungs-Gesetzes das Polizei-Verwaltungs-Gesetz nur allgemein, also ohne Nennung der §§ 6 und 15. Aus diesem Grunde sei wegen Nichtbeachtung der Vorschriften des Regierungspräsidenten die Verordnung ungültig. Sei die Polizeiverordnung des Landrats schon aus diesem Grunde ungültig, so brauche auf die Frage der materiellen Gültigkeit nicht eingegangen werden.

Vermischtes.

Der flottenverein an der „Arbeit“.

Als der sächsische Landtag kürzlich geschlossen wurde, versammelten sich die konservativen und nationalliberalen Abgeordneten in der Frauenkirche zu einem feierlichen Gottesdienst, bei dem Oberhofprediger D. Adersmann über das Bibelwort im 14. Kapitel des Römerbriefes predigte: „Das Reich Gottes ist nicht essen und trinken.“ Nachdem die Abgeordneten diese Predigt hatten über sich ergehen lassen, begaben sie sich ins Schloß, um dort mit 189 Bededen das Reich Gottes unter Cham-pagner zu sehen. In derselben angenehmen Weise besolgt der Deutsche Flottenverein, der in diesen Tagen in Berlin seine 10. Hauptversammlung abhält, das oben zitierte Bibelwort. Seine Verhandlungen gehen vollständig im Essen und Trinken unter. Zwar beschäftigte man sich in einem kurzen Vortrag auch mit der Erweiterung der Deplacments der Kriegsschiffe. In der Hauptsache aber sorgen die Delegierten durch Dinners, gemeinschaftliche Essen, Empfänge, warme Frühstücke und ähnliche schöne Dinge mehr für die Erweiterung ihrer eigenen Deplacments. Die anstrengenden Tage nahmen bereits am Donnerstag voriger Woche ihren Anfang, wo man sich auf Kosten des Steuerjägers der Berliner Bevölkerung gültig tat. Der Freitag war für die Delegierten besonders sorgenvoll. Sie mußten sich schon früh erheben, um pünktlich 8,30 Uhr den Sonderdampfer nach dem Nobelwerk der A. E. G. in Ober-Schöneweide zu erreichen. Dort beschäftigte man zwar auch die Metallgießerei und das Kupferwalzwerk, aber die Hauptsache war doch wiederum das auf 12 Uhr festgesetzte, von der A. E. G. dargebotene Essen. Hier kostete es also wieder nichts, und man mußte sich sehr beeilen, um ja um 4 Uhr pünktlich im Zoologischen Garten sein zu können, wo nicht weniger als fünf Regimentskapellen des Gardekorps konzertierten. So etwas strengt natürlich an und deshalb hatte die fürsorgliche Kongressleitung schon um 3 1/2 Uhr im Hauptrestaurant des Zoologischen Gartens ein warmes Abendessen, das Gedek zu 3 M., bereit gehalten. Auf Sonnabends

Sonntag war eine Sitzung des Gesamtverbandes anberaumt worden. Man hat offenbar von dem Interesse der Mitglieder hierfür keine hohe Meinung, denn man hatte für die an der Sitzung teilnehmenden Herren eine Besichtigung der Städtebauausstellung vorgesehen. Inzwischen waren natürlich die Vorstandmitglieder hungrig geworden, und nachdem sie zwei Stunden im kostbaren Schweiß ihres Angesichts gearbeitet hatten, begaben sie sich nach dem Hotel Esplanade, wo um 1 Uhr ein warmes Frühstück bereit gehalten wurde. Der Flottenverein läßt keine Minute unbenutzt vorübergehen und beschäftigte daher am Sonnabendnachmittag das Museum für Meereskunde. Am Abend begab sich die Hauptversammlung in die Philharmonie, wo ihr der Berliner Lehrergesangverein ein Festkonzert gab. Nach dem Festkonzert wurde im Oberlichtsaal zur Abwechslung wieder einmal für 3 R. warm gegessen. Das war der dritte Tag und nun folgt als Höhepunkt der vierte Tag. Am Sonntag wurde zunächst das Reichstagsgebäude besichtigt. Dann versammelte man sich um 12 Uhr im Plenarsitzungsraum zur Hauptversammlung. Die Sitzung fing zwar erst um 1/2 Uhr an, dafür trat um so pünktlicher um 1/2 Uhr die Pause ein, in der man in der Wandelhalle für 1,50 R. frühstückte. Die Pause sollte zwar nur eine halbe Stunde dauern, dauerte aber bis 3 Uhr. Dann wurde die Arbeit wieder aufgenommen, und nun war ein Braunschweiger Delegierter so naiv anzuschauen, daß man ihn wegen der Arbeit nach Berlin geschickt habe. Als er nämlich fünf Minuten sprach, ertönten allseitig Schlußrufe, die beinahe einen stürmischen Charakter annahm, als gar noch ein zweiter Redner das Wort ergriff. Großadmiral v. Rößler empfand selbst die Stillwidrigkeit der Unterbrechung des Programms durch eine Arbeitspause und griff, wie er selbst sagte, mit dem Hinweis gewalttätig in die Debatte ein, daß man um 7 Uhr pünktlich im Prad zum Festessen im Ausstellungspark erscheinen müsse. Dieser Hinweis verfehlte seine Wirkung nicht und man war rasch zu Ende. Nachdem man sich am Abend im Ausstellungspark genug gepflegt hatte, begab man sich zur Ruhe, und die erste Arbeitswoche war zu Ende.

Nicht weniger vielversprechend begann die zweite Woche. Schon in aller Frühe versammelte man sich am Montag 1/9 Uhr vormittags zu einer Automobilfahrt nach Wannsee. Von dort fuhr man mit dem Dampfer nach Potsdam, wo man um 1/2 Uhr ankam, aber sogleich auch um 1/2 Uhr für 8 R. das Mittagessen einnahm. Im Sonderzug begab man sich wieder nach Berlin, um pünktlich in Prad und weiter Vinde bei Kroll zur Festvorstellung erscheinen zu können. Für die Damen waren auf den Plätzen von 6 R. an aufwärts rund ausgeschnittene Kleider vorgeschrieben. Es ist höchst bedauerlich, daß Herr Kroll wegen der Beziehungen zwischen Herrn Koezen und dem Flottenverein etwas gelockert sind: Sonst hätte Herr Koezen bei dieser Festvorstellung Studien darüber machen können, was alles, ohne unsittlich zu sein, das Schamgefühl rüchlich verletzen kann. Für die Gesamtverbandmitglieder war am Montag außer der Reihe noch ein Essen im Hotel Esplanade festgesetzt, an dem natürlich alle Mitglieder teilnahmen, denn man hatte für die Zeit dieses Essens keine anderen Besichtigungen vorgesehen. Weiter hatte man den gestrigen Montag nicht belastet, und was am heutigen Dienstag und an den folgenden Tagen kommen wird, das wissen die Götter.

Vom Kometen.

Der Halleysche Komet ist auch am Sonntag von zahlreichen Personen gesichtet worden. Das Publikum konnte sich davon überzeugen, daß der Komet wirklich nicht nur eine Mythe unserer Astronomen war. Kamentlich vom Tempelhofer Felde aus, wo sich zahlreiche Interessenten eingefunden hatten, war der Komet unterhalb des Sternenspaars Castor und Pollux und seitlich vom Mars zwar nicht sehr deutlich, aber doch immerhin als blasser verwaschener Lichtnebel unzweifelhaft zu erkennen. Auch bei der Beobachtung mit dem Krimscheher stellte sich der Komet nur als kleiner Lichtnebel dar; von einer Schweifbildung war nichts zu bemerken. Es ist deshalb auch sehr zweifelhaft, ob der Komet in den nächsten Tagen wirklich eine auch

nur einigermaßen auffällige Erscheinung werden wird, von der berechtigten glänzenden Erscheinung ganz zu schweigen. In Rom allerdings scheint der Komet sich stattdessen präsentiert zu haben. Nach einer telegraphischen Meldung soll der Schweif vortrefflich zu beobachten gewesen sein. Auch soll das Erscheinen des Kometen in der Bevölkerung große Aufregung hervorgerufen haben.

Ueber die Sichtbarkeit des Kometen resp. die Zeit seines Erscheinens gibt folgende Tabelle Auskunft:

Datum	Sonnenuntergang	Untergang Hallej	Entfernung v. d. Erde in Millionen Meilen
Mai 24.	8.05	11.20	4.46
25.	8.07	11.27	5.08
26.	8.08	11.33	5.77
27.	8.09	11.37	6.50
28.	8.11	11.37	7.23
29.	8.12	11.38	8.03
30.	8.13	11.38	8.74

Die Leibacher Erdbebenwarte meldete von den letzten Tagen eine Reihe starker, zum Teil sogar katastrophaler Fernbeben. Nach der Ansicht der Sachleute stehen diese Erscheinungen jedoch in keinem Zusammenhang mit dem Kometen.

Der Hungertod als Dank des Vaterlandes.

Ein erschütterndes Bild menschlichen Elendes brachte in den letzten Tagen eine russische Zeitung. Es betrifft einen russischen Soldaten, der auf den Feldern der Mandchurei im japanischen Kriege zum Krüppel geschossen wurde und dann zum Dank für die Aufopferung für das Vaterland Hungers sterben mußte. Vergeblich bettelte der Unglückliche, Ujanow ist seine Name, in den Regierungskassen um Gewährung einer Pension für sich und seine mit vier Kindern besetzte Familie. In Geld und Hunger starb er in dem bitteren Bewußtsein, daß seine Frau und Kinder ebenso vergeblich um die ihnen zustehende Pension betteln würden, wie er es die Jahre hindurch tun mußte. Bald starb seiner Witwe auch ein Kind an Unterernährung; ein zweites folgte kurze Zeit darauf. Nun war die Frau nicht mehr in der Lage, die kirchlichen Beerdigungskosten aufzubringen. Der Diener der christlichen Kirche, an den sich das Weib in seiner Verzweiflung wandte, riet ihm, einige Sachen zu verkaufen; seine Tage sei unverbesserlich und heilig. Fünf Tage lang klopfte die Unglückliche vergeblich an die Türen verschiedener Wohltätigkeitsanstalten, um wenigstens ihren toten Liebling in die Erde bringen zu können.

Dies Drama des Elends ist nur eines der vielen, deren Schauplatz Väterlands Reich ist. Zu derselben Zeit, wo in den Regionen des verklumpten russischen Adels rauschende Feste gefeiert werden, verkommen in der Tiefe Tausende, die im Kriege ihr Verblut an die Erhaltung des verrotteten zaristischen Reiches geleistet haben. Wann wird für alle die Unglücklichen die Stunde der Erlösung schlagen, wann beginnt der große Rechenlauf, der der tönernen Herrlichkeit ein Ende macht?

Niedergebranntes Dorf.

Aus Kairo erhalten wir eine telegraphische Meldung, daß das in der Provinz Dakahly gelegene Dorf Mittaher ein Raub der Flammen geworden ist. Bei dem sich mit großer Schnelligkeit verbreitenden Brande sind 19 Eingeborene umgekommen. Durch die Zerstörung der Hütten wurden 6000 Personen obdachlos. Der Brand soll durch die Unvorsichtigkeit eines Eingeborenen entstanden sein, der in seiner Hütte Fische brät.

Die gekrönte Mutter Gottes.

Nicht nur Fürsten von Gottes Gnaden werden gekrönt, auch toten Bildwerken bereitet religiöser Glauben gleiche Ehrungen. Gestern wurde das nach Ansicht der Gläubigen wundertätige Muttergottesbild in Czestochau (Russ. Polen) in Anwesenheit von mehreren hunderttausend Pilgern feierlich gekrönt. Der Papst hat für die im Oktober gestohlene Krone, die bis dahin das Bildwerk schmückte, eine neue Krone gestiftet, deren Wert hunderttausend Frank betrügt.

Troy der Wundertaten, die dem Bildwerke zugeschrieben werden, hat es bisher nicht angeeignet, durch wen es im vorigen Jahre gestohlen worden ist.

Das älteste Ehepaar der Welt.

Bei der Volkszählung, die kürzlich in den Vereinigten Staaten vorgenommen wurde, hat sich herausgestellt, daß in der kalifornischen Stadt Florence ein großes Ehepaar lebt, das wohl das älteste der Welt ist. Denn der Gatte hat sein 110. Lebensjahr vollendet, während sie 107 Jahre alt ist. Seit 90 Jahren sind die beiden glücklich verheiratet. Er wurde in Neu-Mexiko im Jahre 1800 als Kind französischer Eltern geboren, sie erblickte drei Jahre später in Mexiko das Licht der Welt. Im Jahre 1820 traten die beiden in Santa Fe vor den Traualtar. In ihrer 90jährigen Ehe wurden sie mit zehn Kindern gesegnet, von denen eins noch lebt: ein ehrentwürdiger Greis von 85 Jahren.

Kleine Notizen.

Ein heftiger Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen ereignete sich am Sonntagabend auf dem Westplatz in Leipzig. Es wurden dabei 15 Personen mehr oder minder schwer verletzt, ein 44 Jahre alter Handwerksmann Grundig starb an den erhaltenen Verletzungen wenige Stunden nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus. An beiden Wagen wurden die Vorderperren abgerissen.

Ein Fasshändler wurde am Sonntag in Leipzig in der Person eines 50jährigen Kaufmanns aus Dels in Schellen festgenommen. Bei der Durchsichtung seiner Wohnung fand man 151 falsche Zweimarkstücke. Der Verhaftete gab zu, eine größere Anzahl Münzen bereits ausgegeben zu haben.

Hingerichteter Mörder. In Ratibor wurde am Montag morgen der Schlosser Anton Przhilla hingerichtet. Sein Vater, der ihm bei dem Mord an einem Arbeiter Hilfe geleistet hatte, ist zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Son Blitz erschlagen. Auf einem Gute bei Capellen (Rheinland) tötete ein Blitzschlag einen Knodt und verwundete den Sohn des Gutsbesizers. — In der Nähe von Luxemburg suchten eine Anzahl Kinder, die mit einem Lehrer einen Spaziergang unternahm, vor einem heraufziehenden Gewitter Schutz unter einem Baum. Durch einen Blitzschlag wurden drei Kinder getötet, drei lebensgefährlich und 19 leicht verletzt. Auch der Lehrer wurde leicht verletzt.

Schwere Gemitterstürme und Wolkenbrüche werden aus den verschiedensten Teilen Frankreichs gemeldet. Im Dorfe Wacheze wurden drei Häuser fortgerissen, fünf Personen sind dabei umgekommen. In Epernay wurden die niedrig gelegenen Stadtteile vollständig überschwemmt. Das Wasser stand in einzelnen Häusern 1 1/2 Meter hoch. In mehreren Ortschaften mußten sich die Bewohner vor den Wasserfluten auf die Dächer ihrer Häuser flüchten. Die Verbindung zwischen mehreren Orten ist unterbrochen. Der durch das Unwetter angerichtete Schaden ist ungeheuer. Auch zahlreiche Tiere sind bei den Unwettern zugrunde gegangen.

Im Kampfe mit Räubern. Nach einer Meldung aus Odessa überfielen in der Nähe der Stadt vier Räuber einen Koffierer und beraubten ihn. Sie wurden von der Feldpolizei verfolgt, die zwei von ihnen niederschloß. Die beiden anderen flüchteten auf eine vorbeifahrende Lokomotive und verwundeten den Zugführer. Es gelang jedoch, sie einzuholen und zu verhaften.

Der Aviatiker de Leslys hat seine Absicht, den Rückflug über den Kanal zu unternehmen, aufgegeben. Heftige Winde hinderten ihn daran. Er ist mit seinem Apparat per Schiff nach Calais zurückgekehrt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkunde Anst. Lindenkranke Nr. 69. Born der Erbsen - Fahrstuhl, wochentäglich von 4, bis 7, Uhr abends hat. Jeder Anfrage ist ein Gutschein und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Gütige Fragen trägt man in der Ehrenkunde vor.

Sch. 9. 2. Wenden Sie sich mit einer Beschwerde an das Volkspolizeipräsidium. Wollen Sie ein übriges tun, so können Sie auch gleichzeitig bei der Armenverwaltung Beschwerde führen.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Such und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen und wegen der Ueberfüllung von Presempfängern sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Todes-Anzeige.
Am 20. Mai, nachmittags 6 1/2 Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Leiden, mein ungeliebter und unvergesslicher Gatte, unser herzlich geliebter und Großvater
Eduard Jakob
im 49. Lebensjahre.
Dies zeigen in tiefer Betrübnis um stille Teilnahme bittend an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 24. Mai, nachmittags 1/3 Uhr, von der Kapelle des Städtischen Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Wilh. Schwabbauer
am 21. d. Mts. an Augen-schlag gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Mai, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
115/19 Die Ortsverwaltung

Nachruf.
Zentral-Verband der Steinarbeiter.
Filiale Berlin.
Am 18. Mai starb unser Kollege
Gustav Teich
im Alter von 63 Jahren an Gesichtsschlag.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am Montag auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde.
Die Ortsverwaltung

Demokratischer Verein „Norden“
Dienstag, den 24. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Böhm, Grenzauer Allee 242:
Gr. öffentliche Versammlung
Thema: „Das Junkerwahlrecht und die Parteien.“ Referent: G. v. Gerlach. — Gäste willkommen.
Wir empfehlen:
Die Welträtzel.
Gemeinverständl. Studien über monistische Philosophie.
Von
Ernst Hächel.
Mit Nachträgen zur Begründung der monistischen Weltanschauung.
Preis 1 Mark.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Lindenstraße 60 (Laden).

Behandelt mit herkömmlichem
Hautausschlag
habe ich noch 1 Stück Zucker's Patent-Medizinale-Seife ein vollständig reines Gesicht. Ich gebrauche Ihre Seife arbeitslos. D. B. in Guben. a. St. 50 St. (15%.) u. 1.50 R. (35%.) in Hartke (Horn).
Dasunverwundete Gesicht-Creme 75 St. u. 2 R. fern Zucker-Seife (mild) 50 St. u. 1.50 R. in Berlin in Behrend's Drogerie (Apoth. d. Kräfte), Franzfurter Allee 120, C. Schult, Chausseest. 87, Hugo Schulz, Müllerbrog, Müllerstr. 166a, Otto Binder, Ringen-Allee 29, in Rixdorf: Trogenhaus Vincent, sowie in sämtl. Apoth., Drogerie, Parfüm. Nichts anderes aufreden lassen. Es gibt dafür keinen Ersatz!
Bausilber. 2235
Genossenschaftlicher 3 Stunden ab Berlin, sucht weils Betriebs-berg überung noch 3 Tischler. Be-dingung ist, daß der Eintritt 2000 R. als Geschäftsanteil erworben werden. Dauernde Arbeit gesichert. Einkommen bis 4000 R. Auskunft im Holzgeschäft, Berlin, Oberbaumstr. 5, a. 2-3 ob. 5-9.

Steppdecken Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Similiseide (in den Farben rot, blau, oder) 4 85 6 25
(Söldnersatz) 7 50 8 75
auf beiden Seiten benutzbar 11,25
Wollatlas blau, 7 50 9 00
rot
Bunte Normal-Schlafdecken 1 75 2 50 3 50
Wolldecken ganz dick, extra billig 3 00 4 00
Große Post, echte Kamelhaardecken 10-24 00
Spezialkatalog
mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 19. Mai verstarb unser Mitglied, der Tischler
Eduard Jacob
Sparrstraße 10.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 24. Mai, nachmittags 6 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung erlucht
227/2
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Am 22. Mai 1910, abends 11 1/2 Uhr, entschlief nach schwerem Leiden mein lieber Mann und guter Vater, der Restaurateur
Wilhelm Kühne
im 44. Lebensjahre. Dies zeigen um stille Teilnahme bittend an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am 26. Mai, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Verführer
Fried. Ruppig
am 21. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Friedrich-Werderschen Friedhofes aus statt.
Die Kollegen der Firma Thielemann.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter
Minna Schmidt
geb. Schwarz
sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Kollegen unseren herzlichsten Dank.
Berthold Schmidt und Sohn.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und meines herzlich geliebten Vaters
Otto Winkler
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere aber Herrn Walter Rausche für die tröstlichen Worte am Grabe des Verstorbenen unseren herzlichsten Dank.
Liese Winkler nebst Kindern.

Ungewitter.

Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. veraltet, zweifelhaft. Falsch durch wissenschaftl. Untersuchung, sofort; desgl. Darm- (Spez. auf Gonorrhoe-Exsudat) u. Spulm.-Analysen. Dr. Homoyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 169, im Kronen- und Röhrenhause, l. 8794. Perf. Rührp. direkt u. kostenlos. Gedruckt von 8-8 Sonntag von 12-1.

Hygienische
Bedarfsartikel, Neuest. Katalog in englisch, russ. u. poln. spr. gratis u. franko. H. Ungewitter, Gumbinerstraße 119, Berlin SW., Friedrichsfelde 119.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Eduard Jakob
am 20. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 24. Mai, nachmittags 1/3 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung erlucht
84/2
Die Ortsverwaltung.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. Wochentags 10-2, 5-7.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. dlicht am Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Pappel-Allee 11, 1 Minute Schön-Gröber Laden mit Zimmer u. Küche. 3-Zimmerwohnung mit Mädchenzimmer, Küche, Speisekammer, Bad, elektrische Licht., Verleumdung: 2 Bäder, große Küche, Speisekammer, Zimmer, großen Saal per sofort.

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zarenba, Weinbergsweg 1, dir. a. Posthalter Tor. Billigste Bezugsquelle Verlust f. zur dauernden Kundschafft
Staudend billig.
Land-, Obstbaum- und Hochwald-
Parzellen
Nassenheide (Nordbahn)
n. 250 R. an Hunderte in kurzer Zeit best. bei Wolff täglich im Bahnhofsrestaurant anzutreffen.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
C., spischer Bahndor Alexanderplatz und Volkspolizeipräsidium. — Amt VII, 13199.
Für Damen Frauen-Bedienung. **Reizant für alle Krankeentasten.**
Blumen- und Kranzbinderri von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.
Hühner, junge, beste
sodort schlüssende Bräutchen, Bräut-er hochweiliger Hähnen, empfehl-lich unter Garantie für Reizität
Wagner, Berlin 50., Mariannenstraße 34.

Lothaus seit 27 Jahren
Gelegenheitskäufe verfallener Brillanten, Gold-, Silberwaren etc. Moritzplatz, Ecke Oranien- Moritzplatz, straße 61. 1 im Hause der National-Bank. (früher Prinzenstr. 28)
Kredit
Bismarck 10 R. Helene eleg. Herrngarderobe u. Was (Billigste Preise) Schneidmeister, J. Tomporowski, Eubenstr. 110. Kassa 10 Proz. Rabatt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Hof III. Amt 3, 1967

Mittwoch, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Bezirks-Versammlung

für den 18. und 19. Bezirk
in Obiglos Festsälen, Schwedter Straße Nr. 23.

Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Tages-Ordnung der Bezirks-Versammlung vom 12. Mai 1910.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 25. Mai, abends 6 Uhr:

Versammlung

aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Karl Stedel über: „Die Genossenschaften und die Arbeiter.“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Die außerordentlich wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen.

Mittwoch, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 3.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Wierus-Lichtenberg über: „Konsum und Gewerkschaftsbewegung.“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 25. Mai, abends 5 1/2 Uhr:

Versammlung

für alle in Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen- sowie Kronen- und Baubeschlägebetrieben beschäftigten Eisen-, Metall- und Revolverdreher
in den „Musiker-Festsälen“ (unterer Saal), Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen C. Roth über: „Soziale Lebensfragen.“ 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Graveure u. Biseleure

im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.

Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Diskussion über den Tarifentwurf.
Zahlreicher Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Mittwoch, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Freyer's Festsälen, Koppenstr. 29:

Vertrauensmänner-Versammlung

für sämtliche Branchen und Bezirke.

Tages-Ordnung:
1. Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung. 2. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Jalousiearbeiter.

Mittwoch, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Becker, Weberstr. 17:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wann gehen die Kollegen in die Tarifbewegung einzutreten? 2. Verbandsangelegenheiten.
Die Kollegen der Firmen Wohlfahrt und Bodstaller sind hierzu ganz besonders eingeladen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.
Donnerstag, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Hoppes Festsälen, Hermannstraße 48/49:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Besprechung der zum Verbandstag gestellten Anträge.
2. Verbandsangelegenheiten.

Erfrische Dich!



Reichel's Limonadestrup-Extrakte enthalten das volle edle Frucht-Aroma und ergibt jede Flasche bei überaus einfacher Zubereitung 5 Pfund feinsten Limonadestrup, dessen reiner, wirklicher Fruchtgeschmack und Wohlgeschmack überaus ist. Ein Pfund stellt sich für und fertig nur auf 25 Pfennig, wodurch es jeder Familie möglich ist, täglich köstliche Limonaden, Bubbings und Flammereis zu genießen. Die beliebtesten sind Himbeer, Kirsch, Erdbeere, Zitrone, Limetta, Lemon, Senapf, Grenadine, Orangen etc. Original-Flasche 75 Pf., Ueberzeugungshalber zur Probe 1/2 Flasche 40 Pfennig.
Vor untauglichen Nachahmungen wird dringend gewarnt. Man nehme ausschließlich die echte „Marke Lathbery“ von Otto Reichel, Berlin SO., denn diese ist einzig und allein echt.

„Die Destillierung im Haushalte“ ein wertvolles reich illust. Buch, mit über 150 erprobten Rezepten gratis!

Niederlagen in den bekannten durch meine Schilder kenntlichen Drogerien etc., wo „Original-Reichel-Essenzen“ erhältlich. Wenn nicht zu haben, Versand ab Berlin.

Öffentl. politische Versammlung

in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

5. Berliner Wahlkreis.

Heute Dienstag, den 24. Mai 1910, abends 8 1/2 Uhr:
Tages-Ordnung:

1. Blau-schwarze Blockfrüchte.
Referent: Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt.
2. Diskussion.

Zahlreichen Besuch der Genossen und Genossinnen erwartet
Der Einberufer: Willi Friedlaender, Wasser Str. 25 II.

Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein

Sektion der Gips- und Zementbranche. Gipsbaubranche:
Putzer, Träger und Spanner.

Mittwoch, den 25. Mai 1910, abends 8 Uhr, in den Arminiahallen (großer Saal), Kommandantenstr. 58-59:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Berichterstattung über das Ergebnis der Tarifverhandlungen mit dem Berliner Beton-Verein.
Pflicht aller in der Gipsbranche als Putzer, Träger und Kabinenspanner beschäftigten Mitglieder unserer Sektion ist es, diese Versammlung zu besuchen.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
Der Sektionsvorstand.

Neu!

Selowskys

Caruso=Cigaretten

in eleganten Blechdosen
20 St. 60 Pf.

Neu!

Engelhardt Caramel-Bier

Alkoholfreies Spezialbräu.
Aerisch empfohlen für Nerven, Blutsüchtige, nährnde Mütter etc. etc.
Preis pro Flasche 10 Pf. Ueberall käuflich.

Brauerei Ernst Engelhardt Nacht. A.-G. BERLIN-PANKOW.
Größte Malzbräuerei Deutschlands.

Achtung, Grünau!

Empfehle allen Freunden und Bekannten zu den bevorstehenden Sommerausflügen mein (renoviertes) Lokal und Garten. Nur reelle Speisen und Getränke zu billigsten Preisen.

Gustav Lindenhayn,
Telephon 17. Friedrichstr. 2.

Parzelle N. 1100,
Aug. 100 M.a. verk. Kolonie
Tabeim Biedorf, Marzahn
Str. 5, part. Tel. 2g. 676.

Sportshaus Ziegenhals

Empfehle den Vereinen, Gewerkschaften, Fabriken und Gesellschaften mein herrlich am Krossitzer gelegenes Lokal zu Dampfpartien und Ausflügen. — Bestellungen nehme auch in meinem Berliner Geschäft: Restaurant zum Leuchtturm, Fontane-Promenade 16 (Tel. Amt IV. 178), entgegen. Auch Rehen Dampfer und Motorboote zur Verfügung.

Konsum-Verein Charlottenburg.

Sehen zum 1. Juli einer tüchtigen Lagerhalter.

Bewerber wollen sich bis 5. Juni schriftlich mit der Aufschrift „Lagerhalter“ an den Vorstand obigen Vereins wenden. Kautionsforderung 105/7* Die Verwaltung.

Möbelfabrik Einigkeit.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Bilanz für das Geschäftsjahr 1909.

Aktiva	
An Kassa-Konto	163,78
Bank-Konto	3 657,28
Rabatt-Konto	3 630,—
Materialien-Konto	4 584,—
Maschinen-Konto	2 745,—
Werkzeug-Konto	1 389,50
Umsatzen-Konto	1 820,—
Konto-Korrent-Konto	92 773,10
	40 572,96
Passiva	
Per Accidenden-Konto	4 982,74
Geschäftsteil-Konto	210,—
Darlehens-Konto	33 674,40
Reserve-Konto	340,—
Reingewinn	1 332,92
Gewinnvortrag 1908	62,60
	40 572,96

Die Mitgliederzahl am 31. Dezember 1909 betrug 7 Genossen, eingetretene feiner, ausgegetene feiner. Die eingezahlten Geschäftsanteile betragen 210 M. Die Gesamtsumme der 7 Genossen betrug 210 M. 22366

Der Vorstand:
J. Stephan. C. Finkbeiner.

Wanzen

tötet unschädlich mit Brut
Reichels Wanzenfluid „Radikal“
50 Pf. 1., 2., 3., 4., Literl. 5.—
Abtötet schnell, nicht feuergefährlich.
Kein böser Geruch, nachhaltigste Wirkung.

Schwaben

vernichtet mit Brut radikal und sicher
Reichels Spezial-Schwaben-Poudre
„Martial“ 50 Pf. 1., 2., 3., 4.—

Motten

werden ganz sicher vertreiben und
vollkommen ausgerottet durch Reichels
Spezial-Mottenpulver „Tetral“ 50 Pf. 1., 2., 3.—
Sprühapparate von 50 Pf. an.

Einzig echt u. garantiert wirksam nur i. Originalpackungen
Zod u. Zenzel
mit Karte
in den Drogerien und bei Otto
Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.
Fernspre. Anschluß IV 4751, 4752, 4753.

Bruch-Pollmann

empfehle sein Lager in Bruchhandlungen, Leihbüden, Geratehallen, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Vorrat für Arzt- und Hilfs-Krankenhäuser.

Berlin N.,
Lothringer Straße 60.
Alle Bruchhänder mit elastischen Gellotten, angenehm u. weich am Körper.

Bahnstation Zeuthen,

Post Niederlehme.
Telephon Königs-Wusterhausen 175.

Carmen Sylva

Cigaretten
Beste Qualitäten

Phänomen

Cigaretten
Qualitätsmarke



mit und ohne, auch mit Goldmundstück, St. 2, 3, 4 und 5 Pf.
Cigarettenfabrik NAMKORI

H. & P. Uder

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel, Georg Reddersen, Nordhausen.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

MANOLI

Cigaretten
Das Vollendetste in Qualität u. Ausstattung

Kaoli

Drei Tropfen
flüssige Metall-Politur
machen das schmutzigste Metall spiegelblank
in Flaschen von 10 bis 50 Pfennig
Überall zu haben.
Fabr.: Lubzyski & Co., Berlin NO.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Tempelhof L. O. steht das Stabiliment „Reideweiß“, Berliner Straße, von jetzt ab zu allen Veran-

Fünfter Wahlkreis. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Müllerjalen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m, eine öffentliche Ver-

Stralau. Am Donnerstag, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Steinke, Alt-Stralau 5, eine wichtige Mitgliederberathung des Wahlvereins statt.

Friedrichshagen. Mittwoch, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal Verke, Friedrich-

Sossen. Am Donnerstag, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im Saale des Genossen W. Kurzner unsere Monatsver-

Teltow. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Genossen W. Bonow unsere regelmäßige Mitgliederversammlung des

Karlshorst. Heute abend Versammlung im „Hirschenbad“. Weissensee. Die Mitglieder des Wahlvereins werden auf die

Pankow. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Großkurt, Berliner Straße 26, die Mitgliederberathung des Wahlvereins statt.

Reinickendorf-Öst. Heute abend 8 Uhr findet bei Wernau (Schönholzer Flora), Provinzstr. 74/76, die Mitgliederberathung

Zegel. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Julius Klippenstein, Spandauer Str. 4, die Mitgliederberathung des

Berliner Nachrichten.

Wie die Armenverwaltung Unterstützungsbedürftige abwimmelt.

Ein schwer lungenkranker Mann wandte sich vor einiger Zeit an den Armenvorsteher seines Bezirks mit dem Antrage um Unter-

Ihr Unterstützungsgeßuch lehnen wir ab. Sie haben bei Ihrer auf dem Armenamt am . . . d. M. gegebenen Erklärung Ihre

Daß Ihre Einkünfte groß genug sind, um Ihnen ein sehr behagliches Leben zu ermöglichen, geht aus Ihrem an die Landesversicherungs-

Der Bescheid ist recht kläffisch. Zum Verständnis sei bemerkt: Der Antragsteller ist erwerbsunfähig erklärt worden und bezieht

Ganz und gar verfehlt aber ist der Hinweis darauf, daß Petent im Jahre 1905, vor 4 1/2 Jahren, einen Vorschlag der Landes-Ver-

um Unterstützung die augenblickliche Kollage des Petenten sein. Wie weit hergeholt die Gründe des Armenamtes sind, er-

Die volle Absicht des Armenamtes, den Mann abzuwimmeln, geht aus dem Schlusssatz des Bescheides hervor. Damit niemand

Verbotene Annoncen. Ueber die Frage, welche Heilmittel öffentlich angekündigt werden dürfen, sind einige bemerkenswerte

Das Ende eines Sensationsromans. Auf den Berliner Straßen wird gegenwärtig Peter Ganters famoseres Machwerk: „Doppelte

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in unserer Nummer vom

Die „Krisliche“ Synode. Ueber Mißstände in dem Bureau der evangelischen Stadtsynode wurde in letzter Zeit sehr oft berichtet

In der Sitzung der Deputation für das städtische Turn- und Badewesen vom 21. Mai wurde unter Vorsitz des Stadtschulrats

Neue Straßen und Plätze. Der Platz 2 an der Müllerstraße hat den Namen „Nachtigallplatz“ erhalten, der Platz am Treffpunkt

Geschmacklos! Ein Leser schreibt und: „Als ich Sonnabend abend gegen 1/2 12 Uhr die Reinickendorfer Straße passierte, sah ich

Zu dem Fund eines Menschenbeines wird noch mitgeteilt, daß es sich nicht um einen Ober-, sondern um einen Unterschenkel

Für Hundebesitzer dürfte ein Hinweis von Nutzen sein, bei Ausflügen und Spaziergängen in die Vororte Vorsicht zu üben,

da es in verschiedenen Vororten mit dem Kaufschwarz sehr verschieden gehandhabt wird. Wir haben in letzter Zeit wiederholt die

Von einem Dampfer überrannt. Ein aufregender Vorfall hat sich am Sonntag auf dem Müggelsee abgespielt. Ein mit fünf

Zu einer Panik kam es am Sonntag in dem Vorl der „Neuen Welt“, in dem eine sogenannte Gebirgsbahn errichtet ist. Diese

Der Führer des nachfolgenden Wagens hatte den Vorfall jedenfalls noch früh genug bemerkt, um seinen Wagen noch zum Halten

Als ein wahres Glück muß es bezeichnet werden, daß dieser Unfall nicht von größeren Folgen begleitet war, denn außer zer-

Es muß unter allen Umständen Vorsorge getroffen werden, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen, wie auch dafür gesorgt

Flucht eines Untersuchungsgefangenen aus der Charité. Aus der Krankenheil der Charité ist in der Nacht zum Sonntag der

Als Nahrungsorgen unternahm der 20 Jahre alte Arbeiter Willi Bolle, Orthstraße 7, einen Selbstmordversuch. Er war lange

Zwischen den Buffern der Straßendahn. Ein schwerer Betriebsunfall hat sich am Sonnabend nachmittags am Schlesischen

Im Anschluß an das Spandauer Dampferunglück erhalten wir über die Verhältnisse der Potsdamer Werft der Sternegesellschaft,

Ein schwerer Verlust. Am Sonntag, den 22. Mai, nachmittags 7 Uhr, auf dem Wege im großen Tiergarten von der Kaiser-

In den Landendickbüchsen in den städtischen Vororten, über die wir dieser Tage berichteten, ersucht uns Herr Karl Domske, Brig. Werderstr. 43, mitzuteilen, daß er mit dem in der Reitz genannten Domske nicht identisch ist.

Der Zusammenstoß zweier Automobile verursachte am Sonntagabend einen großen Aufruhr an der Ecke der Kugsburger und Rauscherstraße. Ein Privatauto, von der Rauscherstraße kommend, stieß mit einem von der Kugsburger Straße um die Ecke biegenden Dreiradauto mit voller Wucht zusammen. Die Drochle wurde total zertrümmert, und das Privatauto stark beschädigt. Eine Person wurde erheblich und die beiden Chauffeure leichter verletzt. Die alarmierte Feuerwehr nahm sich der Verletzten an und beseitigte das Verkehrshindernis.

Radrennen zu Steglitz, 22. Mai. Der „Große Preis von Steglitz“, ein Stundenrennen mit Motorführung, 2000, 1800, 1400, 1200 und 1000 M., welches mit der Beteiligung von Butler, Guignard, Myser, Sörds und Teile einen spannenden Kampf; mit großem Interesse sah man der Beteiligung von Sörds entgegen, dem zurzeit besten französischen Fahrer, der zum erstenmal in Steglitz fuhr. Das Rennen brachte in der Tat sportliche Kämpfe, aber sie führten zu anderen als den erwarteten Ergebnissen. Teile verlor heute vollständig, dagegen fuhr Myser in der ersten Hälfte des Rennens so vorzüglich, daß er vom 9. bis 43. Kilometer die Spitze beibehielt und man ihn allgemein für den Sieger hielt. Da brachte ihn ein Schaden seines Motors ins Hintertreffen; er wechselte mehrfach mit seiner Führung, aber es war nichts mehr zu retten; er konnte nur noch den vierten Platz belegen. Nach Myser's Unfall gelangte Guignard auf den ersten Platz, aber nach dem 60. Kilometer mußte er diesen an seinen Landsmann Sörds abtreten, der denn auch das Rennen gewann. Butler konnte sich nicht zur Geltung bringen. Ergebnis: 1. Sörds 73,080 Kilometer; 2. Guignard 73,640 Kilometer; 3. Butler 69,810 Kilometer; 4. Myser 67,350 Kilometer; 5. Teile 65,300 Kilometer. — Mehrere Rennen waren den Fahrern über die kurze Strecke vorbehalten. Hauptfahren: 1000 Meter. 100, 75, 50 M. 1. Peter, 2. Wegener, 3. Schürmann. — Preis von Steglitz. 1000 Meter. 50, 40, 30 M. 1. Carapezzi, 2. W. Lorenz, 3. Kröhner. — Mannschafts-Vorführung. 5000 Meter. 50, 40, 30, 25, 10 M. 1. Mannschaft: Peter, Mudek, Salbon, Schürmann, Schab. 2. Mannschaft: Carapezzi, Grohmann, H. Müller, Pawke, Wegener (jedem Fahrer 10 M.) 3. Mannschaft: 4000 Meter. 25, 20, 15, 10 M. 1. Mudek, 2. Schab, 3. Pawke, 4. Bierd. 5. Mannschaft: 10 M. gewonnen Kurzeier, Grohmann, Sterba. — Tandem-Hauptfahren. 2000 Meter. 150, 100, 75 M. 1. Peter, Wegener, 2. Schab, Schürmann, 3. Salbon-Grohmann. — Tandem-Prämienfahren. 4000 M. 40, 30, 25 M. 1. Schmittchen-Sterba, 2. Hamann-Bierd, 3. H. Müller-Pawke, 4. W. Lorenz-Abraham. Prämien a 20 M. gewonnen: Schmittchen-Sterba, Lorenz-Abraham, Tegloff-Mudek. — Die vom besten Wetter begünstigten Rennen waren gut besucht und verliefen ohne Unfall.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am Sonntag am Warschauer Platz. Dort wird gegenwärtig ein Neubau der Auer-Gesellschaft aufgeführt, an dem Sonntag mittig ein Pfahlschlag abgefaßt werden sollte. Zu diesem Zweck befand sich der 40jährige Arbeiter Otto Hollenhal aus der Wittenswalder Straße 23 auf einem circa acht Meter hohen Gerüst. Als er sich hier umwenden wollte, trat er fehl und stürzte kopfüber in die Tiefe. Blutüberströmte und benimmungslos wurde der Verunglückte nach der Unfallstation in der Warschauer Straße geschafft, wo ein Schädelbruch, Gehirnerschütterung, Bruch des rechten Schlüsselbeins und eine tiefe Wunde in der linken Kieferhöhle festgestellt wurde. Nach Anlegung von Notverbanden wurde der Arbeiter nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht. Sein Zustand ist hoffnungslos. Die Sonntagsarbeit ist dem Arbeiter recht verhängnisvoll geworden.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Alwin Lissef aus Breslau lautet ein Militärpaß, der mit verschiedenen Kleidungsstücken am Rügellsee gefunden wurde. Zur Auffindung des Hundes werden der Eigentümer des Militärpasses oder Bekannte desselben oder sonstige Personen, die zweideutliche Angaben machen können, gebeten, sich an die Polizeiverwaltung in Köpenick oder an die Kriminalpolizei in Berlin, Alexanderstraße, zu wenden, bei letzterer unter Bezugnahme auf das Logenbuchzeichen 1970. IV. 31. 10.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Zur Aufsicht über den Bau des, welcher von der Bismarck-, Krümme-, Wall- und Senfheimerstraße umschlossen wird und bei einer Breite von 170 Meter für eine rationelle Bebauung ungeeignet ist, beantragt der Magistrat bei der Stadverordnetenversammlung die Durchführung einer neuen Parallelstraße zur Bismarckstraße zwischen der Krümme- und der Senfheimerstraße. Das für die neue Straße erforderliche Gelände liegt größtenteils frei. Es ist nur von wenigen minderwertigen Gebäuden, die modernen Ansprüchen an Wohnstätten nicht mehr genügen, befaßt. Da die Bebauung dieses Stadtgebietes sich sehr rasch vollzieht und alle anstehenden Straßen anbaufertig hergestellt sind, würde bei noch längerer Hinausschiebung des Projektes die Aufteilung und Ausbarmachung des neu zu erschließenden Geländes unmöglich werden.

In der Sitzung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission gab der Obmann Genosse Richter einen Bericht von der Konferenz der Jugendauschüsse. In der anschließenden Aussprache über die Jugendbewegung in Charlottenburg wurde mitgeteilt, daß die Zimmer im zweiten Stock des Volkshauses als Jugendheim hergerichtet werden. An den Dienstagen bleiben die Zimmer ausschließlich für die Zusammenkünfte der Jugendlichen reserviert. Zur Unterstützung des Jugendauschusses wurden von der Gewerkschaftskommission die Genossen Tobias, Lange, Pannier und Liebig gewählt. Dann gab Genosse Pannier einen Bericht über die Jugendbewegung der Schuhmacher. Er wies darauf hin, daß für die Gewerkschaft, von denen die Forderungen des Schuhmacher-Verbandes bewilligt worden sind, entsprechende, für den Ausbau im Schaufener bestimmte Plätze herausgegeben werden. Pflicht eines jeden Delegierten sei es, in den Kreisen seiner Gewerkschaft für die Begeisterung der Plätze zu sorgen. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern lebhaft bedauert, daß sich im Interesse des „Vorwärts“ immer wieder Anzeigen von Geschäften vorfinden, deren Arbeiterkraft im Streik stehen. Auf eine Anfrage des Genossen Wilde, die Sommerferien für die ausgeperrten Bauarbeiter betreffend, teilte der Kassierer Genosse Ahrens mit, daß die Sammlung, trotzdem die Listen erst kurze Zeit im Umlauf seien, schon sehr gute Resultate gezeigt haben. Ferner wurde darum ersucht, von den Eintrittskarten zur Städtebau-Ausstellung gegen Gebrauch zu machen. Diefelben werden von der Gewerkschaftskommission zu dem ermäßigten Preis von 80 Pf. zur Verfügung gestellt. Die Karten sind im Volkshaus und in der Expedition des „Vorwärts“, Senfheimerstraße, zu haben. Unentschuldig fehlen die Vertreter der Gips- und Zementarbeiter und der Sattler.

Schönberg.

Eine Liebestragödie hat sich am Montagmorgen in dem Hause Warsburgstr. 17 abgespielt. Dort gab der 25jährige Eisenbahnarbeiter Robert Wigg seiner ehemaligen Braut, der 19jährigen Ida Gesta, Vitriol über den Körper, wodurch das Mädchen erhebliche Brandwunden im Gesicht, an der Brust sowie an den Armen und Händen erlitt. Die Wunde wird voraussichtlich das Augenlicht für immer verlieren. Der Täter ist nächtlich. Wigg und die Gesta unterhielten seit Jahresfrist ein Liebesverhältnis. Vor einer Woche löste das Mädchen das Verhältnis auf. Am Sonntag war die G. mit einem Bekannten ausgegangen und der Eisenbahnarbeiter der hierüber erfuhr, beschloß sich an der Ungetreuen zu rächen, um damit zu erreichen, daß auch sein anderer sich dem Mädchen näherte.

Gegen 1/7 Uhr früh begab er sich am Montag nach dem Hause Warsburgstr. 17, wo seine frühere Braut sich in Stellung befindet. Hier übergab er, und als ihm die G. schmerzlos öffnete, gab er ihr ein beträchtliches Quantum Vitriol in das Gesicht und über den Oberkörper. Auf die gellenden Hilferufe der Ueberfallenen eilten Hausbewohner hinzu, die die Besinnungslose zu einem in der Nähe wohnenden Arzt brachten. Von dort aus wurde die Gesta, welche schwere Brandwunden, namentlich im Gesicht, an den Armen und an der Brust davongetragen hatte, nach dem städtischen Krankenhaus übergeführt, wo sie in bedenklichem Zustande daniederliegt.

Die Freischule soll auf den hiesigen höheren Lehranstalten an solche einheimischen Schüler und Schülerinnen gewährt werden, die vom Schulleiter als befähigt empfohlen werden, hinsichtlich ihres Fleißes und Betragens der Vergünstigung würdig und deren Eltern oder Pflegerinnen bedürftig sind. Auswärtigen Schülern wird nur in ganz besonderen Fällen, Schülern der Vorklassfassen und Schülerinnen der 8., 9. und 10. Klasse der höheren Mädchenschulen überhaupt keine Freischule gewährt. In der Regel wird Freischule nur für ein Kind einer Familie gewährt. Ausnahmen hiervon sind nur im Falle eines besonders dringenden Bedürfnisses zulässig. Die Gewährung der Freistelle muß alljährlich erneut beantragt werden. Die Gesuche sind auf dem vorgeschriebenen Formular, das vom Schulleiter verabsichtigt wird, spätestens bis Ende Februar — für das ganze Rechnungsjahr 1. April bis 31. März oder bis Ende August — für das Winterhalbjahr — an den Schulleiter zu richten. Die Gesamtzahl aller Freistellen an den einzelnen Lehranstalten darf nicht den 10. Teil der aufgenommenen Schüler und Schülerinnen übersteigen. Die Schüler der Vorklassfassen und die Schülerinnen der höheren Mädchenschulen sowie alle auswärtigen Kinder werden hierbei nicht mitgerechnet.

Mixdorf.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 28. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Berliner Straße 63, hierüber, im neuen Sitzungssaal, wird sich u. a. mit folgenden Beratungsgegenständen beschäftigen: Ortstatut gegen die Verunstaltung des Stadtbildes; Festlegung von Anliegerbeiträgen; Verlegung des städtischen Arbeitsnachweises; Ueberführung von Statopositionen 1909.

Treptow-Baum schulenweg.

Feuer brach am Sonntagabend 9 Uhr im Pelzwarengeschäft von Jesse, Baumschulensstr. 8, auf bisher noch unauferklärte Weise aus. Die freiwillige Feuerwehr, welche sofort zur Stelle war, konnte den Brand bald löschen.

Friedrichshagen.

Eine erschütternde Familientragödie hat sich in der Nacht zum Sonntag in der Friedrichstr. 71 abgespielt. Der dort im zweiten Stock wohnende 44jährige Kaufmann Johann Victor vergiftete im Einverständnis mit seiner 33jährigen Ehefrau die ganze aus 4 Köpfen bestehende Familie mit Weingeist. Victor war in einem Berliner Wäschegeschäft angestellt, erhielt aber seine Kündigung zum 1. Juli, weil er an einer unheilbaren Krankheit litt. Das brachte den Mann zur Verzweiflung, um so mehr als auch seine Frau seit längerer Zeit von Schwermut befallen war. Er teilte der Frau mit, daß er freiwillig aus dem Leben scheiden wolle. Nach einer Aussprache schienen beide den Entschluß, gemeinsam zu sterben, aber auch die beiden nichtabschließenden Kinder mit in den Tod zu nehmen. Am Sonntagabend besorgte der Vater zwei Flaschen Wein, dem er unauffällig Chloralhydrat als Schlafmittel beimischte. Nach dem Genuß des Getränkes wurden alle von Müdigkeit überfallen, so daß sie sich schlafen legten. Vorher aber öffnete der Mann die Gasbühne, so daß das austretende Gas die ganze Nacht über eingestmet werden mußte. Als Sonntag früh die Reinmachefrau seinen Einlaß zur Wohnung fand, benachrichtigte sie die Polizei, die die Türen aufstieß. Beim Eintritt wurden alle vier Personen bewußlos in ihren Betten vorgefunden. Die schnell herbeigerufene Feuerwehr war nach zwei Versuchen die Kranten. Hierauf wurden sie nach der Charité gebracht. Während noch gestern abend die beiden Kinder Edy und Helmut Victor in der Charité der schweren Gasvergiftung erlagen, ist ihnen in der Nacht auch die Mutter in den Tod gefolgt. Dagegen dürfte der Vater mit dem Leben davonkommen.

Steglitz.

Ein schwerer Straßenaunfall ereignete sich am gestrigen Montag gegen 1/8 Uhr an der Ecke der Schloß- und Hubertusstraße. Dort verlor der 20jährige Arbeiter Josef Makowski, Hubertusstr. 1, wohnhaft, vor einem herannahenden Straßenaunfallwagen der Linie K der Westlichen Berliner Vorortbahn das Gleichgewicht. Obwohl der Fahrer des Wagens sofort Gefahrbrems anwandte, wurde M. dennoch ungerissen. Der Arbeiter erlitt eine Wunde am Hinterkopf, Quetschung der rechten Schulter sowie erhebliche Hautabrisse an der rechten Hand und am rechten Unterschenkel. Der Verunglückte erhielt auf der nahe Rettungsstation die erste Hilfe und wurde dann nach dem Krankenhaus übergeführt.

Rahnsdorf.

Ein sehr begehrter Posten ist der des Gemeindevorsteher von Rahnsdorf. Die 1100 Einwohner zählende Landgemeinde, die in ihrem ganzen Umfang ausschließlich für landhausmäßige Bebauung bestimmt ist, wird zum 1. Juli einen besoldeten Gemeindevorsteher mit einem Gehalt von 2400 bis 3600 M., 600 M. Mietschuldabzug und 500 M. Dienstaufwandsgehalt anstellen. Um diesen Posten bewerben sich nicht weniger als 27 Mann. Die Bewerber sind Verwaltungsbeamte aller Art, Referendare und Assessoren und Militärs vom Gefreiten der Reserve bis zum Major a. D.

Teltow.

Die Leiche einer weiblichen Person wurde gestern, Montag, an der Schönower Brücke aus dem Teltowkanal gefischt. Der Name der Toten konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Wilmerdorf.

Aus der Haft entlassen worden ist der wegen angeblichen Mordversuchs an seiner Ehefrau verhaftet gewesene Reisende Huber, Wilmerdorfer Str. 52. Der in verschiedenen Zeitungen mitgeteilte Vorfall war so übertrieben und so falsch dargestellt, daß selbst der Untersuchungsrichter die Ueberzeugung von einer aufgekauften rein privaten Angelegenheit erhielt und die Haftentlassung anordnete.

Waldmannsdorf.

Am Freitag, den 27. Mai, nachmittags von 5—8 Uhr, finden in der hiesigen Turnhalle auf dem Schulgrundstück die Nachwahlen zu unserer Gemeindevertretung statt. Letztere hatte bekanntlich die am 2. März d. J. vollzogenen Gemeindevahlen, bei denen unsere Genossen Kestin und Lischer gewählt wurden, für ungültig erklärt. Gen. Kestin wurde als Angelegener zur Ergänzung auf sechs Jahre gewählt, während Gen. Lischer als Ersatzmann für den im vorigen Jahre ausgeschiedenen Genossen Denger galt. Die Wahl beider Kandidaten wurde in einem Wahlgang vorgenommen und zwar mußte der Name des Angesehnen, also Genosse Kestin zuerst genannt werden. Da nun eine Anzahl Wähler die Namen der Kandidaten in umgekehrter Reihenfolge nannten, wurden alle diese Stimmen für ungültig erklärt. So rechnete man heraus, daß unsere Kandidaten, trotz ihrer 23 Stimmen Vorprüfung die absolute Majorität nicht erhalten hätten. Auch am Freitag, den 27. d. Mts., werden Erbgang und Ergänzungswahl wieder in einem Wahlgang bezogen. Der Angesehene ist zuerst zu wählen. Die Wähler haben also darauf zu achten, daß bei der Stimmabgabe der Name des Genossen Kestin zuerst genannt wird.

Von einer gegnerischen Agitation merkt man zurzeit noch wenig, doch wäre es durchaus falsch, deshalb den Sieg unserer Kandidaten von vornherein anzunehmen zu wollen. Wir wissen, daß die Gegner im Stillen desto eifriger agieren. Tun auch wir unsere Pflicht

Aufgabe unserer Genossen ist es, die kurze Spanne Zeit, die uns bis zum Wahltage noch bleibt, agitatorisch auszunützen und so die Hoffnung der Gegner, die Vertreter der Arbeiterkraft auch weiterhin aus dem Gemeindeparlament unseres Ortes fernzuhalten, zunichte zu machen.

Spandau.

Bei der heutigen Wahl der Gewerbegerichtsmitglieder für die Arbeitgeber wurden insgesamt 137 Stimmen abgegeben. Hiervon entfielen auf die Liste I (sozialdemokratische Partei) 41 Stimmen, auf die Liste der vereinigten Arbeitgeber der Innungen 96 Stimmen. Von den 12 Beisitzern erhielt die Liste I 4, die andere Liste 8 Beisitzer.

Die Wahlen für die Arbeitnehmerbeisitzer finden heute Dienstag, den 24. Mai, in der Zeit von vormittags 10 bis 2 Uhr und nachmittags von 4 bis 8 Uhr statt. Diejenigen, deren Namen mit der Anfangsbuchstaben A bis K beginnt, wählen im „Restaurant zur Palme“, Ritterstraße; von L bis Z im Restaurant „Roter Adler“, Potsdamer Straße. Die Liste der freien Gewerkschaften führt den Namen; Liste II. Gebe jeder seine Stimme nur dieser Liste. Versehe sich ein jeder mit einem amtlichen Ausweis, welcher besagt, daß der Wähler in Spandau wohnt oder arbeitet.

Sämtliche das Gewerkschaftsamt Spandau betreffenden Schreiben und sonstigen Angelegenheiten sind bis auf weiteres an den Genossen Richard Hippoldt, Lysarstr. 10, zu richten.

Freier-Samariter-Kolonie. Am Mittwoch, den 25. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet bei Böhle, Havelstr. 20, die nächste Übungsstunde statt.

Neuenhagen (Ostbahn).

Bei prächtigem Wetter und zahlreicher Beteiligung auch der umliegenden Orte nahm die zu Sonntag einberufene öffentliche Versammlung unter freiem Himmel einen imposanten Verlauf. Genosse Störmer-Berlin geißelte das Verhalten der geborenen Gesetzgeber im allgemeinen und unterzog deren Wirken bei der Wahlrechtsvorlage, deren Wirkung eine andere als die von Reichmann-Hollweg in seiner von Gott gewollten Abhängigkeit gewünschte ist, einer verächtlichen Kritik. Unter Hinweis auf die Notwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und auf die strikte Durchführung des Lokalbipolits wurde die Versammlung nach stimmungsvollem Vortrage eines Schlußliedes des Gesangsvereins „Freie Sängler“ geschlossen.

Zentral-Kranken- und Begräbnisstätte für Frauen und Mädchen Deutschlands (G. H. 29). Offenbach a. M. Verwaltungsstelle Berlin I. Mittwoch, 25. Mai 1910, abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Ungelerstr. 15, Saal 7, Hof links I.

Freie- und Dichterkreis „Baumschulenweg“. Mittwoch, 25. Mai, abends 9 Uhr: Sitzung im Lokale von Gödgen, Baumschulenstraße 27. — Gäste willkommen.

Witterungsbericht der städtischen Markhallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markhallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Beschäft. reger, Preise für Doppelbraten und Hammelfleisch ansehnlich für Schwelmeckel nachgegeben. Wild: Zufuhr reichlich, Beschäft. ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr gedrängt, Beschäft. schlappend, Preise bedrückend. Fische: Zufuhr mäßig, Beschäft. ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Beschäft. ruhig, Preise unbeeinträchtigt. Gemüse, Obst und Süßwaren: Zufuhr reichlich, Beschäft. lebhaft, Preise wenig verändert.

Witterungsbericht vom 23. Mai 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand am Vortage	Windrichtung	Witterungsbericht	Stationen	Barometer-stand am Vortage	Windrichtung	Witterungsbericht
Emmenda	766 S	2 wolken	15	Apparanda	759 W	6 wolken	6
Hamburg	767 WND	2 wolken	17	Petersburg	757 W	1 bedr.	11
Berlin	766 WND	1 wolken	16	Stilly	765 W	5 wolken	12
Frankfurt a. M.	763 WND	4 heiter	16	Übersee	769 WND	3 bedr.	11
München	751 WND	6 heiter	14	Wars	761 WND	2 wolken	17
Wien	753 W	1 wolken	13				

Wetterprognose für Dienstag, den 24. Mai 1910. Unruhig, kühl bei ziemlich frischen westlichen Winden und vorübergehender Zunahme der Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten. Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 22. 5. (am)	am 21. 5. (am)	Wasserstand	am 22. 5. (am)	am 21. 5. (am)
Wemel, Tals	153	-7	Saale, Grochhau	—	—
Bregel, Ankerburg	65	-20	Havel, Großhau	52	-11
Wickel, Horn	100	-6	Havel, Halbenow	105	+4
Oder, Rasthof	172	-16	Spre, Spremberg	—	—
• Krossen	277	-19	Seehof	84	-1
• Frankfurt	293	-23	Weser, Wülfen	-34	-6
Wärthe, Schrimm	28	-8	Weser, Rindem	61	-4
Landshaus	97	-8	Rhein, Magiliansau	470	-8
Rega, Bornham	11	-5	• Raab	247	0
Elbe, Leitmühl	60	-36	• Rüm	257	-5
• Dresden	-30	-25	Radar, Heilbrunn	66	-15
• Harbu	288	-29	Walt, Berthelm	158	-4
• Magdeburg	240	-26	Weser, Tietz	72	-6

) + bedeutet Hoch, — Fall, *) Unterpegel.

Gingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist und werden Nr. 17 des 23. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Soziale Not. Von Wd. — Ermahnende Skizzen der Textilindustrie. Von Jäger. — Die Frauen und der Dörsenmarkt zu einem deutschen Staatsgesetz. Von Dr. Friedrich Weinberg. — Das englische Deimabell-Minimalabgesetz. Von Wd. Geyser (Hertigstein). — Frauenkonferenzen in Oesterreich. Von Adolph Wopp. — Zur Frauenkonferenz. I. Von Ernst Koch. II. Von Elnchen Baumann. III. Von Bertha Lutz. IV. Von Helene Wittig. V. Von Alina Jethi. — Aus der Bewegung: Stellungnahme der Genossinnen zur Frauenkonferenz in Rindom-Greifenhagen, Rammels und Kiel. — Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Volkliche Rundschau. Von H. H. — Gemeindefürsorge. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von H. H. — Was der Textilarbeiterverband zur Hebung der Lage der Braunkohlener Arbeiterkraft tut. Von I. K. — Der Deutsche Holzarbeiterverband. Von I. K. — Der achte Verbandstag der Steinleger, Plasterer und Verputzgenossen Deutschlands. Von W. Richter. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. H. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. — Weibliche Berufsspektoren. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Frauen im öffentlichen Leben. — Außerdem enthält diese Nummer eine Beilage für Quäntionen und Rätsel und eine Beilage für die Jugend.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühr 35 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 120 Pf.

Vom „Wahren Jacob“ Nr. 1066 die 11. Nummer des 27. Jahrganges 16 Seiten stark erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen. Die Wären wir und vor Herzverknüpfungen? Von Dr. Reiff. Heft 23 der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 20 Pf. Die Arbeit nimmt besondere Rücksicht auf Arbeiterverhältnisse und wird sicherlich willkommen sein und vielen Nutzen stiften. Aus Natur und Weltkennt. Bd. 201. Das Wasser. Von O. Kutschera. — Bd. 202. Die Maschinenindustrie. Von R. Vater. — Bd. 203. Das moderne Cracien in seiner Entwicklung. Von R. Vater. — Bd. 204. Der Apokalypse und sein Wert. Von G. Wigger. Einz. 1 M., geb. 1,25 M. — B. G. Teubner, Leipzig.

